

• Genossenschaftliche Volksbücher •

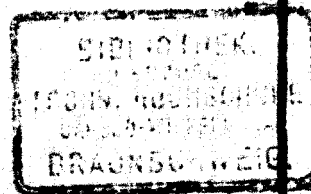
Nr. 6



Die Umsatzsteuer im Herzogtum Braunschweig

von

Von Dr. Reinhold Riehn



Hamburg 1904

des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine
Verlag von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg

VII.B

236

Preis: 20 Pfennig



Im eigenen Verlag oder im Kommissionsverlag der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg 8, Gröningerstr. 24/25 (Asiahauss), erscheinen:

Zeitungen:

„**Konsumgenossenschaftliche Rundschau**“, Organ des Zentralverbandes und der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine.

Das Blatt erscheint am Sonnabend einer jeden Woche in einer Stärke von 24 bis 32 Seiten. Bei Abonnements bis zu zehn Exemplaren ist Postabonnement als das billigste zu empfehlen. Postabonnement vierteljährlich 1,50 M., ausschließlich Bestellgeld.

„**Frauen - Genossenschaftsblatt**“ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erscheint halbmäntlich; 8 Seiten stark, künstlerisch ausgestattet. Postabonnement halbjährlich 50 M.

Vereine haben bei direktem Bezug von 100 Stück an sehr erhebliche Preisermäßigungen.

Bücher:

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Erster Jahrgang 1903. Elegant gebunden, 246 Seiten stark, Ladenpreis 6 M. Vorzugspreis für die Genossenschaften des Zentralverbandes 3 M.

Buchführung für Konsumvereine von J. Heins, Verbandsdirektor in Bremen. Elegant gebunden, 136 Seiten stark, Preis 2 M.

Die Jahrgänge 1901, 1902 und 1903 des „**Wochenberichts**“ der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine, gebd. je 6 M.

„**Frauen-Genossenschaftsblatt**“, Jahrgang 1902 und 1903 (1. Band), gebunden 2,50 M.

Broschüren:

Die Errichtung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 30 M.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung, von Heinrich Kaufmann. 15 „

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher	$\left\{ \begin{array}{l} \text{im Jahre 1901} \dots 20 \text{ „} \\ \text{„ „ 1902} \dots 20 \text{ „} \\ \text{„ „ 1903} \dots 20 \text{ „} \end{array} \right.$
Consumvereine	

(Die Broschüre für 1903 erscheint im Juli d. J.)

Genossenschaftliche Volksbücher:

Heft 1. Unsere Englandreise 20 M.

„ 2. Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach, von Professor Dr. Staudinger 30 „

„ 3. Die Genossenschaftsbewegung in Nord- und Osteuropa 20 „

„ 4. Die Genossenschaftsbewegung in Westeuropa 20 „

„ 5. Zur Abwehr, von Professor Dr. Staudinger 20 „

„ 6. Die Umsatzsteuer im Herzogtum Braunschweig, von Dr. Reinhold Riehn 20 „

(Heft 3 und 4 erscheinen im März d. J.)



Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 6

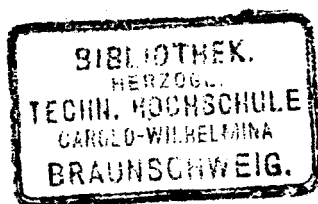
Die Umsatzsteuer

im

Herzogtum Braunschweig

— — —

Entwurf des Braunschweigischen Gesetzes, die Heranziehung der Warenhäuser usw. zu einer besonderen Gewerbesteuer (Umsatzsteuer) betr., nebst Besprechung dieses Gesetzesentwurfes
 von Reinhold Kiehn, Doktor der Staatswissenschaft



Geschenk

II. 37. 170.

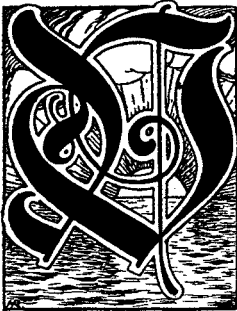
Hamburg 1904

Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co.
 Hamburg



Entwurf des braunschweigischen Gesetzes, die Heranziehung der Warenhäuser usw. zu einer besonderen Gewerbsteuer (Umsatzsteuer) betreffend.

d. d. Braunschweig, den



von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen zc., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

§ 1.

Die Gemeinden sind befugt, stehende gewerbliche Unternehmungen, welche von den Grundsätzen und Formen, unter welchen sonst der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe ausgeübt wird, wesentlich abweichen, und welche die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich benachteiligen, neben den nach dem Gewerbesteuergeetze vom 27. März 1893 Nr. 4 und dem Gemeindeabgabengesetze vom 11. März 1899 Nr. 12 zu erhebenden Gewerbesteuern, zu einer besonderen Gemeindengewerbsteuer (Umsatzsteuer) heranzuziehen.

Einer solchen Steuer können unter den vorgenannten Voraussetzungen beispielsweise unterworfen werden:

- a) Großbetriebe des Kleinhandels, nach Art der Warenhäuser;
- b) Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkaufe derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften) und Vereine zum gemeinschaftlichen Einkaufe von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ablass im kleinen (Konsumvereine);
- c) Abzahlungs-, Versteigerungs-, Ausverkauf-, Rabattmarkengeschäfte und ähnliche.

§ 2.

Die Entscheidung darüber, ob eine gewerbliche Unternehmung nach Maßgabe des § 1 zur Steuer herangezogen werden kann, hat auf Antrag der Gemeinde die Aufsichtsbehörde zu treffen. Gegen die Entscheidung findet Klage bei dem Verwaltungsgerichtshofe statt.

§ 3.

Die Veranlagung der Steuer erfolgt nach dem Umsatze. Die Steuer darf zwei vom Hundert des Umsatzes nicht überschreiten.

§ 4.

Die Feststellung der Steuer erfolgt auf Antrag der Gemeinde seitens der Aufsichtsbehörde nach billigem Ermessen. Gegen den Beschluß der Aufsichtsbehörde findet innerhalb zwei Wochen Beschwerde an das Staatsministerium statt.

§ 5.

Die Gemeindebehörden und die Aufsichtsbehörden haben das Recht, die Vorlegung der für die Veranlagung und Feststellung der Steuer erforderlichen Beweisstücke zu fordern und diese einzusehen oder durch die von ihnen zugezogenen Sachverständigen einsehen zu lassen.

§ 6.

Der Ertrag der Steuer ist von der Gemeinde zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks zu verwenden. Die Verwendung unterliegt der Genehmigung des Staatsministeriums, Abteilung des Innern.

§ 7.

Auf die Steuer findet die Bestimmung des § 2 Abs. 1 des Gemeindeabgabengesetzes keine Anwendung.

§ 8.

Bezüglich der Bekanntmachung und der Zeit der Entrichtung der Steuer finden die Bestimmungen des Gemeindeabgabengesetzes (§§ 58 Abs. 2 ff. und 59) entsprechende Anwendung.

§ 9.

Die Steuer unterliegt der Beitreibung im Verwaltungszwangungsverfahren.

§ 10.

Alle weiter erforderlichen Ausführungsvorschriften werden vom Staatsministerium erlassen.

§ 11.

Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

§ 12.

Dieses Gesetz tritt, soweit es sich um die zu seiner Durchführung erforderlichen Maßnahmen handelt, mit dem Tage seiner Verkündigung, im übrigen mit dem 1. April 1904 in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den

I.

Begründung im allgemeinen.

Die Frage der Bekämpfung der Warenhäuser auf dem Wege der Besteuerung hat die Landesversammlung in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt, zum ersten Male bei Beratung des Entwurfs eines Gemeindeabgabengesetzes in der Sitzung vom 3. Dezember 1898 aus Anlaß eines Antrages des Abg. Lipprian. Der damalige Antrag lautete:

„In gleicher Weise können Personen und Gesellschaften, welche infolge der Art ihres Geschäftsbetriebes bei großem Umsatz kein entsprechendes steuerpflichtiges Einkommen erzielen und die Steuerkraft anderer Gewerbetreibender vermindern, zu einer Gemeindesteuer herangezogen werden.“

Die Steuer ist auf Antrag der Gemeinde von der Aufsichtsbehörde nach billigem Ermessen festzustellen.“

Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Landesversammlung.

In der Sitzung vom 20. März 1900 beschäftigte sich die Landesversammlung mit einer Witschrift gleicher Tendenz. Seitens des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands war beantragt worden:

„Es möchten die großen Warenhäuser und Versandgeschäfte und deren Filialen einer progressiven Umsatzsteuer unterworfen werden, deren Ertrag an die Kommunen überwiesen und zur Entlastung des kleineren und mittleren Gewerbestandes verwendet werden solle.“

Die Kommission für das Innere empfahl, die Witschrift der Herzoglichen Landesregierung als Material zu überweisen, und die Landesversammlung beschloß in diesem Sinne.

Zwei Jahre danach beschäftigte sich die Landesversammlung zum dritten Male mit einer den gleichen Zweck verfolgenden Witschrift.

Der Verband Niedersachsen der deutsch-sozialen Partei hatte unter dem 30. September v. J. an die Landesversammlung eine Witschrift gerichtet, in der das Ersuchen gestellt war:

„Durch Einführung einer wirksamen Umsatzsteuer für Warenhäuser den notwendigen Schutz gegen diese Betriebe zu schaffen.“

Die Kommission für das Innere hat dieses Mal beantragt, die Eingabe der Herzoglichen Landesregierung zur wohlwollenen Erwägung und Berücksichtigung zu überweisen, schränkte indes auf Anraten des Vertreters des Staatsministeriums, im Laufe der Verhandlungen ihren Antrag durch Streichung der Worte „und Berücksichtigung“ ein. In dieser veränderten Fassung wurde der Antrag von der Landesversammlung angenommen.

Gegenüber dieser mit wachsender Dringlichkeit herantretenden Anforderung hielt sich die Herzogliche Landesregierung für verpflichtet, eine Frage aufzunehmen, für die eine befriedigende Lösung auch in anderen Bundesstaaten trotz mehrfacher Versuche noch nicht gefunden und deren außergewöhnliche Schwierigkeit auch in den wiederholten Verhandlungen der Landesversammlung von keiner Seite unterschätzt worden ist.

Wir sind bei der Behandlung der Frage zunächst von dem Wortlaute des zur Erwägung überwiesenen letzten Antrages ausgegangen. Derselbe verlangt: eine wirksame Umsatzsteuer für Warenhäuser als Schutzmittel für die mittleren und kleineren Gewerbebetriebe. Das entscheidende Gewicht ist hier offenbar auf das Wort „wirksame“ zu legen, und es war daher in erster Linie zu prüfen, ob sich auf dem Wege einer Umsatzbesteuerung der Warenhäuser der angestrebte Zweck überhaupt erreichen läßt.

Wir lassen hierbei die Frage, ob und wie weit der Staat berechtigt und überhaupt in der Lage ist, in den Interessentkampf der verschiedenen Betriebsformen einzugreifen und die Unterschiede ihrer Kräfte auszugleichen, unerörtert. Wir stellen uns vielmehr gerne auf den auch in den Beratungen der Landes-

versammlung zum Ausdruck gekommenen Standpunkt, daß es eine vornehmste Aufgabe des Staates ist, sich der Schwachen und zwar auch der wirtschaftlich Schwachen anzunehmen. Die Durchführung dieser Aufgabe hat aber ihre natürlichen Grenzen. Der sozialistischen Anforderung, den wirtschaftlich Schwachen dadurch zu stärken, daß man die wirtschaftlich Stärkeren einfach beseitigt, darf der Staat, wenn er nicht die Grundlagen seiner Wirtschaftsordnung überhaupt ins Schwanken bringen will, auch nicht zu einem Teile nachgeben. Auf diesem Wege gäbe es, wenn er einmal beschränkt wäre, kein Einhalten mehr, da sich das Uebergewicht des Großbetriebes gegenüber dem Kleinbetriebe nicht nur im Waren-Detailhandel, sondern auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit fühlbar macht. Unter diesem Gesichtspunkte bedarf die uns überwiesene Witschrift einer sorgfältigen Prüfung.

Wirksam im Sinne der Witschrift kann eine Warenhaussteuer nur dann sein, wenn sie den Betrieb von Warenhäusern als solchen überhaupt unmöglich macht. Erreicht sie diesen Zweck nicht, so bleibt sie unwirksam. Denn den imaginären Zustand einer nur beschränkten Wirksamkeit gibt es in der Praxis nicht. Das Warenhaus wird sich entweder mit der Steuer in seiner Art abfinden und dieselbe ohne erhebliche Benachteiligung tragen können, oder es ist hierzu nicht in der Lage. Im ersteren Falle wird es die neue Belastung zunächst auf seine Lieferanten abwälzen versuchen und dadurch ausgleichen, daß es seinen Umsatz vergrößert: der größere Umsatz gestattet ihm, den Unkostenzuschlag auf die einzelne Ware herabzusetzen und damit an den Selbstkosten entsprechend zu sparen. Im anderen Falle, d. h. wenn die Mehrbelastung eine gewinnbringende Kalkulation überhaupt unmöglich macht, wird der Warenhausinhaber die Rentabilität des Betriebes nicht erst noch durch Einschränkung des Umfanges oder Erhöhung der Verkaufspreise weiter verschlechtern, sondern er wird das Unternehmen einfach liquidieren oder zu grunde gehen.

Eine wirksame Steuer im Sinne der Witschrift könnte daher nur eine sogenannte Erdröselungssteuer sein, d. h. eine Steuer, welche es sich zur bewußten Aufgabe macht, das Steuerobjekt zu vernichten. Eine derartige Auflage, welche sich über das Grundprinzip jeder Besteuerung, die Wahrung der Ertragsfähigkeit des Steuerobjektes, hinwegsetzen würde, könnte auf die Bezeichnung Steuer überhaupt keinen Anspruch mehr erheben.

Wenn man einen derartigen Zweck, wie ihn die Witschrift verfolgt, für erstrebenswert hält, wenn man es für notwendig, praktisch durchführbar und mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen vereinbar erachtet, den Betrieb von Warenhäusern von Staats wegen unmöglich zu machen, so ist das gegebene Mittel hierfür nicht die Steuergesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten, sondern die Reichsgesetzgebung.

Es ist hiernach für die Landesregierung unmöglich, sich die in dem Wortlaute der Witschrift ausgesprochene Tendenz zu eigen zu machen und auch nur zu versuchen, den Warenhäusern eine derartig wirksame Steuer aufzuerlegen, daß Kleinhandel und Handwerk von dem Drucke der Warenhäuser völlig befreit werden. Dieses Ziel haben auch die anderen Länder, welche bereits Warenhaussteuern eingeführt haben, keinesfalls im Auge gehabt, da sie die Steuer durchweg in „erträglichem“ Grenzen gehalten haben, und wenn etwa doch ähnliche Erwartungen an solche Warenhaussteuern geknüpft worden sind, so haben sie sich jedenfalls nicht erfüllt. Es ist wenigstens nicht bekannt geworden, daß sich in diesen Ländern seit Einführung der Warenhaussteuer das Uebergewicht der bestehenden Warenhäuser erheblich vermindert, die Widerstandsfähigkeit des Kleingewerbes vermehrt hat.

Wenn die Herzogliche Landesregierung ihren Erwägungen nur die ihr übermittelte Witschrift zu grunde gelegt hätte, so hätte sie nach den obigen Ausführungen zu einem direkt ablehnenden Standpunkte kommen müssen. Für die Entschliebung ist aber mehr als diese Witschrift, die aus Anlaß derselben und bei den früheren Beratungen hervorgetretene Einmütigkeit der Landesversammlung in der Beurteilung aller den gewerblichen Mittelstand schädigenden modernen Wirtschaftsformen, der Warenhäuser, Konsumvereine usw., maßgebend gewesen. Die gegen die Warenhäuser gerichtete Agitation stellt nur einen Teil einer Gesamtbewegung, der sogenannten Mittelstandsbewegung, dar. Die kleineren Betriebe in Gewerbe und Handel fühlen sich in ihren Existenzbedingungen bedroht,

da sie mit den Preisen und der Anziehungskraft der vorteilhafter arbeitenden Warenhäuser, Konsumvereine usw. nicht konkurrieren können. Für das gemeine Wohl kann es nicht gleichgültig sein, wie diese gegenwärtige Krisis ausläuft, und der Staat hat wohl ein Interesse daran, daß in dieser Krisis nicht zahlreiche Kleinbetriebe widerstandslos unterliegen, weil sein Fundament nicht auf einigen ragenden Säulen, sondern auf der vollen Breite gewachsenen Bodens aufzuheben muß. Sein Interesse kann er aber nur innerhalb seiner Macht betätigen. Er kann 1. dafür sorgen, daß das Uebergewicht der Warenhäuser usw. nicht noch durch gemeinschädliches Geschäftsgebaren und durch unlautere Machenschaften vermehrt wird, und er kann 2. sich bemühen, durch eine gewerbefördernde Tätigkeit die Widerstandsfähigkeit der Kleinbetriebe zu stärken.

Was den ersten Weg, den der prohibitive Maßnahmen, betrifft, so ist es Aufgabe des Reiches, die Ordnung in Handel und Gewerbe aufrecht zu erhalten. Die auf dem Gebiete der Reichsgewerbeordnung und der Spezialgesetzgebung in den letzten Jahrzehnten erlassenen Gesetze und Verordnungen zeigen zur Genüge, daß das Reich dauernd bemüht ist, bedeutenerregende Formen und Erscheinungen der Gewerbstätigkeit einzuschränken oder ganz zu beseitigen, und es darf vertrauensvoll erwartet werden, daß das Reich seine regulierende Tätigkeit auch auf weitere Aufgaben ausdehnen wird, sobald ein Bedürfnis sich hierfür herausstellen wird.

Der andere Weg, der einer Förderung des Kleinhandels und des Klein-gewerbes durch positive Maßnahmen, ist in dem vorliegenden Entwurfe berücksichtigt worden, ja dieses Moment gibt ihm erst seine wirtschaftliche Bedeutung. In der Ueberzeugung, daß bei derartigen wirtschaftlichen Krisen weniger von der Frage auszugehen ist, wie man den stärkeren Teil schwächt, als vielmehr davon, wie man den schwächeren stärkt, haben wir die den Warenhaussteuern anderer Bundesstaaten zu grunde liegende wirtschaftspolitische Tendenz in dem vorliegenden Entwurfe nicht bei der Veranlagung, sondern bei der Verwendung der Steuer zum Ausdruck gebracht.

Die in dem Entwurfe vorgesehene Gemeindegewerbesteuer kann nicht das vorhandene Uebergewicht der Warenhäuser aufheben, sie will den Betrieb der Warenhäuser auch nicht unmöglich machen, sondern sie will Mittel zur Förderung und Stärkung derer beschaffen, die unter dem erdrückenden Uebergewichte der Warenhäuser usw. heute schwer leiden; sie schafft diese Mittel, indem sie die leistungsfähigen Betriebe zu einer entsprechenden Mehrleistung heranzieht, und indem sie auch solche Betriebe, die trotz großen Umsatzes ein Einkommen überhaupt nicht oder nur ein geringfügiges Einkommen haben, nach ihrem Umsatze erfasst. Wir glauben, damit den Intentionen der Landesversammlung am richtigsten zu entsprechen, denn eine Warenhaussteuer, von der das Klein-gewerbe keinen wirklichen und nachhaltigen Nutzen hat, würde kaum zu rechtfertigen sein.

Hierbei entstand nun eine weitere Frage. Die zur Erwägung überwiesene Witschrift wendet sich nur gegen die sogenannten Warenhäuser, weil durch diese der „reelle deutsche Kaufmannsstand in seiner Existenz empfindlich geschädigt zu werden droht“.

Wenn diese, auch in den Beratungen der Landesversammlung allseitig unterstützte Begründung als ausreichend und gerechtfertigt anzusehen war, dann waren folgerichtig nicht nur die Warenhäuser, sondern auch alle sonstigen konkurrierenden Unternehmungen des Detailhandels, welche denselben durch ihre außergewöhnliche Form oder durch ihre ungewöhnlichen Geschäftsgrundzüge zur Zeit mit ihrem Uebergewicht belasten, in die Wirkung dieses Ausnahmegesetzes einzubeziehen, da sonst der Vorwurf nicht unbegründet gewesen wäre, daß das Gesetz nur eine zufällig in den Vordergrund geschobene Unternehmungsform erfasst, andere nicht minder bedrohliche Gebilde aber inkonsequenterweise fortgelassen habe. So ist es beispielsweise unbefreitbar, daß für den Zweig des Kolonialwarenhandels sich die Konsumvereine, für das Bäderhandwerk die Genossenschaftsbädereien zum mindesten als ebenso drückend erweisen, wie die Warenhäuser für die Manufaktur- und Haushaltungsgeäfte. Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde auch durch die im Landtage stattgehabten Verhandlungen selbst bestätigt, in denen verschiedene

Nebner sich mit gleicher Schärfe auch gegen das Uebergewicht der Konsumvereine aussprachen. In gleicher Weise haben auch die seit Jahren in den verschiedensten Teilen Deutschlands abgehaltenen Interessentenversammlungen des Kleinhandels und des Handwerks ohne Unterschied bittere Klagen gegen Warenhäuser, Konsumvereine, Raiffeisenvereine, Abzahlungsgeschäfte zc. erhoben. Eine weitere Bestätigung für die notwendige Folgerung, daß, wenn einmal gegen eine dieser außergewöhnlichen Betriebsformen des Detailhandels vorgegangen wtrb, auch alle analogen anderen einzubeziehen sind, ist in der Spezialgesetzgebung anderer Bundesstaaten gegeben, welche bereits Warenhaussteuergesetze erlassen haben. Wenigstens gilt dies von der Gesetzgebung Bayerns und Württembergs, die neben den Warenhäusern auch noch Abzahlungs-, Versteigerungs-, Versand- und Fiktalgeschäfte in die Geltung des Gesetzes einbezogen haben.

Die Herzogliche Landesregierung hielt es jedenfalls für geboten, wenn sie, den Wünschen der Landesversammlung nachgebend, sich zum Erlaß eines Sondergesetzes entschloß, die Wirksamkeit dieses Gesetzes von vornherein soweit auszu dehnen, wie es seiner Begründung und seinem Zwecke entsprach. Die notwendige Begrenzung der Aufgabe erblickt sie weniger in den Objekten, als in der Tendenz der Besteuerung. Es ist menschlich verständlich, daß die Bedrängnis, in der sich unbestreitbar heute zahlreiche Kleinbetriebe in Handel und Gewerbe befinden, sich nicht nur in bitteren Klagen und Beschwerden Luft macht, sondern auch zu Maßnahmen zu drängen sucht, die weder gerechtfertigt, noch auch auf dem Rechtsboden des Staates ausführbar sind. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Kleinhandel und Kleingewerbe ihre heutige Lage zum Teil auch selbst mit verschuldet haben. Zu lange hat das Kleingewerbe die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses und die Einführung kaufmännischer Grundsätze und Übung vernachlässigt, und zu Starr hat der Kleinhandel an seinen Überlieferungen, aber veralteten Formen festgehalten. Waren einkaufen und mit Gewinn verkaufen allein ist heute nicht mehr eine Leistung besonderer beruflicher Schwierigkeit, das beweisen die massenhaft in den niederen Handel eingebrungenen Laien-Elemente und die Einkaufsvereinigungen der Konsumenten. Kaufmann sein bedeutet heute mehr, als ein großer Teil gerade derer zugeben will, die am bittersten Klage führen. Zu dieser Erkenntnis und zu den sich aus dieser ergebenden Folgerungen muß der Kleinhandel sich selbst hindurcharbeiten; der Staat allein kann die zu seinen Ungunsten eingetretene Verschiebung der Machtverhältnisse nicht ausgleichen. Vielleicht war es die Aufgabe der Warenhäuser, der Konsumvereine usw., dem Kleinhandel diese Erkenntnis zur vollen Ueberzeugung zu bringen, ihn zu zwingen, weil er es nicht aus eigener Erkenntnis vermochte, daß er durch Fortentwicklung seiner inneren Struktur sich den gesteigerten Anforderungen, die an den modernen Handelsbetrieb gestellt werden, anpassen muß. Mit dieser zunehmenden Erkenntnis wird die jetzt vorwiegend störende und zerstörende Wirkung der Warenhäuser zc. möglicherweise auch eine fördernde und entwickelnde Kraft betätigen, und der jetzt auf breiten Massen des Kleinhandels lagernde Druck wird nach und nach wieder von selbst zurückgehen. Aufgabe des Staates kann es in dieser Krisis nur sein, diesen Uebergang in den Grenzen seiner Macht und Möglichkeit fördernd zu erleichtern, indem er die gemeinschaftliche Ausnutzung des Uebergewichtes in die durch die allgemeine Ordnung gebotenen Schranken zurückweist, indem er die Ungleichheit in der Leistungsfähigkeit bei der Verteilung der Steuerlasten vorsorgend berücksichtigt, und indem er alle Bestrebungen, welche geeignet erscheinen, die Schwächeren leistungs- und widerstandsfähiger zu machen, fürsorgend unterstützt.

Dieser Aufgabe soll zu seinem Teile auch der vorliegende Gesetzentwurf dienen.

II.

Begründung im einzelnen.

Zu § 1.

Der Entwurf steht nicht, wie in Preußen, Bayern und Württemberg, die allgemeine Einführung einer besonderen Umsatzsteuer vor, sondern stellt die Einführung, wie im Königreiche Sachsen, in die Bestimmung der Gemeinden. Diese sind am besten in der Lage, beurteilen zu können, ob ein Vorgehen geboten erscheint, ob ein Warenhaus, ein Konsumverein, ein Raiffeisenverein die kleineren Betriebe des Handels oder der Gewerbe oder beider in der Gemeinde, insbesondere deren Steuerkraft, erheblich schädigt.

Hierbei wird aber gleichzeitig zu prüfen sein, ob das Bestehen eines Konsumvereines, eines Raiffeisenvereines nicht etwa in den Verhältnissen wohl begründet ist. Da, wo der Kleinhandel am Orte nicht in der Lage ist, den berechtigten Bedürfnissen der Konsumenten hinsichtlich der Beschaffenheit und der Preise seiner Waren ausreichend zu entsprechen, werden die Gemeinden mit Recht von einer Besteuerung solcher Konsumentenvereinigungen absehen.

Der Entwurf beschränkt die Gemeinde-Gewerbesteuer nicht, wie in Preußen, Württemberg und Sachsen auf Großbetriebe des Kleinhandels, sondern läßt, wie in Bayern, die Möglichkeit zu, die Wirkung des Gesetzes auch auf andere gewerbliche Unternehmungen auszudehnen.

Es ist davon Abstand genommen, im einzelnen aufzuzählen, welche Objekte der Steuer zu unterwerfen sind. Dies erschien bei der Wandelbarkeit und der raschen Entwicklung aller modernen Wirtschaftsformen unmöglich. Die im zweiten Absatz genannten Beispiele sollen daher das Gesetz keineswegs erschöpfen. Die Aufführung dieser Beispiele erschien andererseits notwendig, um bestimmte Anhaltspunkte für die Anwendung des Gesetzes zu geben.

Bei der begrifflichen Formulierung dessen, was dem Gesetz unterworfen werden soll, ist von dem Moment ausgegangen, welches für das Gesetz das treibende war, von der Benachteiligung des Detailhandels und des Handwerks. Eine Warenhaussteuer wird vom Kleingewerbe verlangt und ist von der Landesversammlung als erwägungswürdig bezeichnet worden, nicht um neue Einnahmequellen für Stadt oder Gemeinde zu erschließen, sondern um damit dem Kleingewerbe zu helfen, die erhebliche Benachteiligung desselben in etwas auszugleichen. Folgerichtig war daher bei der begrifflichen Bestimmung und Abgrenzung der der Steuer zu unterwerfenden Betriebe als Voraussetzung das Erfordernis aufzustellen, daß solche Geschäfte Kleinhandel und Handwerk einer Gemeinde erheblich benachteiligen. Diese Benachteiligung muß selbstredend nicht nur dem Grade, sondern auch der Ausdehnung nach erheblich sein. Eine erhebliche Benachteiligung von Handel und Gewerbe im Sinne dieses Gesetzes ist nicht anzunehmen, wenn sich nur einzelne Betriebe unter der Konkurrenz bedrückt fühlen, sondern erst dann, wenn einzelne Gewerbs- und Geschäftszweige außer Stande sind, in wesentlichen Artikeln ihres Abfahes den Wettbewerb mit den Warenhäusern usw. auszuhalten, oder wenn ein Geschäft schon nach seiner ganzen Art und Tendenz (wie z. B. Ausverkaufsgeschäfte, bestimmte Abzahlungsgeschäfte u. ähnl.) den soliden Handel und das Gewerbe schädigt. Da nun aber das Gesetz keinesfalls die notwendige wirtschaftliche Entwicklung hemmen und etwa die Entstehung und Fortbildung von Großbetrieben verhindern soll, kann es nicht die Absicht sein, alle Großbetriebe des Detailhandels, deren Ueberlegenheit kleinere Geschäfte der Branche ebenfalls als einen Nachteil für sich empfinden, ohne Ausnahme noch besonders zu belasten, die Fassung des § 1 stellt daher als andere Voraussetzung das Erfordernis auf, daß die der besonderen Gewerbesteuer zu unterwerfenden Unternehmungen auch besonderer Art oder Form sind, d. h. von der Grundform und den Grundfäken, unter welchen sonst der Geschäftsbetrieb steuerpflichtiger Gewerbe ausgeübt wird, wesentlich abweichen.

Als derartige Unternehmungen ungewöhnlicher Form und Art sind ohne weiteres Abzahlungs-, Versteigerungs-, Rabattmarkengeschäfte anzusehen. Auch solche Geschäfte, welche gewohnheitsgemäß Totalausverkäufe veranstalten, fallen solange, als ihnen hierzu noch die gesetzliche Möglichkeit bleibt, unter dieses Gesetz.

Der Begriff des Abzahlungs geschäfts ist durch das Reichsgesetz vom 16. Mai 1894 hinreichend bestimmt. Für die Veranlagung zur Umsatzsteuer werden aber nicht solche Unternehmungen, welche gelegentlich einmal Waren auf Teilzahlung hingeben, und auch nicht Unternehmungen in solchen Waren, bei denen die Abzahlung überhaupt mehr oder weniger Geschäftsgebrauch ist, in Betracht kommen, sondern ausschließlich solche, welche es sich zum Geschäftsgrunde machen, Waren auf Teilzahlung zu verkaufen, die im Handel sonst im allgemeinen nicht auf Abzahlung gekauft oder verkauft werden. Darin liegt eben das Nachtheilige ihres Geschäftsverfahrens gegenüber den am Orte anässigen Kleinwerkbetreibenden. Nach dieser Unterscheidung würden somit z. B. Nähmaschinen- und Pianofortehandlungen, welche auf Abzahlung verkaufen, nicht zur Umsatzsteuer heranzuziehen sein, wohl aber Abzahlungs geschäfte in Möbeln, Kleidungsstücken, Gold- und Silberwaren, Luxuswaren u. ähnl., die auch schon unter dem Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt oft nicht ohne Bedenken sind.

Versteigerungsgeschäfte. Durch die Umsatzbesteuerung soll nicht das Geschäft der gewerbsmäßigen Auktionatoren, welche für Rechnung Dritter Waren versteigern, getroffen werden, sondern der Unternehmer, der zum Zwecke der Versteigerung Waren (meist sogenannte Partiewaren) ankauft, um sie durch öffentliches Ausbieten möglichst rasch abzusetzen. Der Schaden, den der reguläre Verkauf solcher Waren am Orte erleidet, läßt eine stärker steuerliche Heranziehung solcher Art Geschäfte durchaus gerechtfertigt erscheinen.

(Soweit solche Unternehmer ihren Geschäftsbetrieb ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung betreiben, würden sie nicht unter das vorliegende Gesetz, sondern unter das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs vom 7. Juni 1890 fallen.)

Ausverkaufsgeschäfte. Es kann nicht die Absicht sein, den durch berechnigte Umstände (Auflösung des Geschäftes, Bestand an zurückgesetzten Waren u. dergl.) bedingten Ausverkauf besonders zu belasten, sondern solche ansehbaren Unternehmungen, welche aus der Veranlagung von Ausverkäufen ein besonderes Geschäft machen, Unternehmungen, welche den Namen des Ausverkaufs als Lockmittel benutzen, um Waren, die für den Zweck besonders gekauft sind, unter dem Anschein eines besonders günstigen Angebotes an den Mann zu bringen.

Rabattmarkengeschäfte. Nicht zu verstehen sind darunter Geschäfte oder geschäftliche Vereinigungen, welche Rabattmarken an ihre Kunden als Belege für empfangene Zahlung behufs späterer Rabattberechnung ausgeben, sondern solche Unternehmer, welche zu ihrem Nutzen mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden besondere Rabattmarkenverträge schließen, denen zufolge das Publikum auf bestimmte Geschäfte hingelenkt wird.

Die Worte „und ähnliche“ zeigen an, daß mit diesen Beispielen die Zahl der Unternehmungsformen, welche einer Umsatzsteuer unterworfen werden können, nicht erschöpft sein soll. Hierher würden u. a. auch die sogen. Namischgeschäfte gehören, welche in marktstillerischer Weise bei dem kausenden Publikum den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorzurufen versuchen, die sogen. Reschergeschäfte und ähnliche. Der geschäftliche Unternehmungsgeist sucht beständig neue Formen, den Wettbewerb zu überflügeln. Diese für das gesamte Erwerbsleben wichtige und notwendige Beweglichkeit des Geschäftsinnes soll und darf nicht eingeengt werden, es ist aber ebenso notwendig, und zwar im Interesse der gesunden Fortentwicklung des Handels selbst, daß der allzu scharfe Geschäftssinn, der sich über die im Handel und Gewerbe geltenden soliden Grundsätze unbekümmert hinwegsetzt, nicht ohne Gegenwirkung bleibt. Die offensichtlichen Erfolge, welche derartige, in den Mitteln, das Publikum heranzuziehen, oft wenig wählerische Geschäftsmethoden erzielen, könnten sonst auf die Dauer auch die realen Handeltreibenden dazu verleiten, an der bisher geübten vornehmeren Praxis irre zu werden.

Die Versandgeschäfte, welche in Bayern und Württemberg zur Umsatzsteuer herangezogen worden sind, würden nach der ganzen Tendenz des vorliegenden Gesetzes nicht unter dasselbe fallen, schon um deswillen nicht, weil durch ein am Orte befindliches Versandgeschäft das ortsanässige

Kleingewerbe nicht wohl geschädigt werden kann. Die Form des Versandgeschäftes kann bei uns aber auch schon deshalb nicht wohl als eine außergewöhnliche und dem Kleingewerbe nachtheilige angesehen werden, weil wesentliche Industrie- und Kleingewerbebezirke unseres Landes auf einen organisierten Versand geradezu angewiesen sind.

Bezüglich der Filialgeschäfte, welche in Bayern ebenfalls umsatzsteuerpflichtig sind, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Es ist selbstverständlich, daß Filialen, die zu einem der Umsatzsteuer unterworfenen, am gleichen Orte befindlichen Hauptunternehmen gehören, mit ihren vollen Einnahmen in den Umsatz des letzteren mit einzuberechnen sind. Befindet sich die Filiale einer solchen zur Umsatzsteuer herangezogenen Unternehmung außerhalb des Niederlassungsortes derselben, so wird von der beteiligten Gemeinde selbstständig zu untersuchen sein, ob die Erfordernisse dieses Gesetzes bei der am Orte befindlichen Zweigniederlassung als vorliegend anzusehen sind. Geht der Gewinn der Filiale an das Hauptgeschäft, so wird das letztere auch für den Umsatz aus der Filiale von der Gemeinde ihres Wohnortes herangezogen werden können. Unternehmungen nur deshalb, weil sie Filialen unterhalten, zur Umsatzsteuer heranzuziehen, wird aus den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht abzuleiten sein, da die Errichtung von Zweigniederlassungen im geschäftlichen Leben an sich weder ungewöhnlich noch auch für Kleinhandel und Kleingewerbe, als Ganzes genommen, nachtheilig ist.

Ueber die Gruppen der genossenschaftlichen Konsumentenvereinigungen zum Zwecke der gemeinschaftlichen Herstellung oder des gemeinschaftlichen Einkaufs zc. von Waren können Zweifel nicht bestehen. Im System der Volkswirtschaft ist und bleibt es eine ungewöhnliche Erscheinung, daß die Konsumenten selbst Handel treiben. Ihnen die Berechtigung hierzu zu bestreiten, wäre unrichtig. Die Konsumvereine zc. sind ins Leben gerufen, weil die Konsumenten hierfür ein Bedürfnis als vorliegend ansehen, und jedenfalls der Ansicht sind, sich so besser zu stellen. Daß die Geschäftsbetriebe der Konsumvereine zc. durch ihren großen und gleichsam gebundenen Kreis zahlungsfähiger Abnehmer sehr viel günstiger gestellt sind, als die mit einem kleinen, stets wechselnden und oft noch zahlungsunfähigen Kundentreise arbeitenden Kleingeschäfte ist ebensowenig zu bestreiten.

Es ist auch aus zahllosen Klagen aus den Kreisen des Kleinhandels heraus zur Genüge bekannt, wie schwer dieser Ueberdruck auf dem Kleinhandel lastet. Eine Berechtigung, die Konsumentenvereinigungen zu einer Ausgleichsteuer heranzuziehen, läßt sich steuerlich auch schon aus den Verhältnissen selbst ableiten, wenn man erwägt, daß die im Konsumverein bezogene einzelne Ware vor der vom Händler gekauften stets den Vorsprung voraus hat, daß sie nicht mit dem durch das persönliche Risiko des Unternehmers bedingten höheren Gewinnaufschlage belastet zu werden braucht. Diesen Ersparnissen aller Mitglieder gegenüber erscheint eine steuerliche Mehraufgabe auf den ganzen Betrieb der Konsumvereine, der eingetragenen wie der nicht eingetragenen, und auf die Waren führenden Raiffeisenvereine, auf die Genossenschaftsbäckereien und -Schlachtereien und ähnliche Unternehmungen im Grundsatz durchaus berechtigt.

Einige Schwierigkeit in der Abgrenzung verursacht eigentlich nur der Begriff des Warenhauses, dessen Erfassung aber gerade in erster Linie in den Wünschen der Landesversammlung liegt.

Ein logischer Begriff des Warenhauses läßt sich nicht konstruieren, da Warenhaus im bloßen Wortsinne nichts weiter ist als ein Großbetrieb des Detailhandels, der sich über alle Räume eines ganzen Hauses ausdehnt. Solche Großbetriebe hat es seit langer Zeit gegeben, ohne daß sie irgendwie beanstandet worden sind (z. B. Rudolph Herzog, Hermann Gerson in Berlin, Meyer-Auswahl in Hildesheim zc.), und solcher Warenhäuser gibt es auch heute noch genug, ohne daß sich gegen sie irgend welche Beschwerden richtet. Da es somit nicht der Großbetrieb als solcher ist, der den Ansturm gegen die modernen Warenhäuser verursacht, muß die treibende Kraft in dieser Bewegung an einer anderen Stelle gesucht werden. Aber auch das in den Warenhaussteuergesetzen Preußens, Bayerns, Württembergs und Sachsens als entscheidend hingestellte Gemischtwarenprinzip, d. h. das der Vereinigung von Warengattungen, die sonst in gesonderten Geschäften detailliert werden, in einem Unternehmen, kann unmöglich das besondere Kennzeichen der in der öffentlichen Meinung so scharf be-

urtheilten Unternehmungen sein, da dieses Kennzeichen einmal nicht auf alle Unternehmungen, die als Warenhäuser gelten, zutrifft, anderseits aber auch solchen Geschäften eigenthümlich ist, denen irgend welches Uebelwollen nicht entgegengebracht wird. Es würde auch in der That nicht recht verständlich sein, weshalb das, was für die Gemischwarenhandlungen auf dem Lande und in den kleinen Städten als notwendig und berechtigt angesehen wird, im größeren Maßstabe auf die größere Stadt angewandt, als gemeinschädlich und unberechtigt verurtheilt werden sollte.

Die Ursache für die so in die Breite gehende Unmuthsbewegung gegen die Warenhäuser scheint uns tiefer zu liegen. Anstößig ist der öffentlichen Meinung nicht Form und Gerippe dieser Unternehmungen, sondern der ganze Geist, der aus diesen neuen Betriebsstätten des Handels herausweht, und der sich schwer auf den Lebensodem zahlreicher Existenzen legt, die an sich schon durch die ungesunde Ueberfüllung ihrer Gewerbe in ihrer Lebenskraft stark geschwächt sind.

Die landläufigen Vorwürfe gegen die Warenhäuser sind die, daß die Warenhäuser eine marktstreuerische, nicht selten lügnerrische Reklame betreiben, das Publikum über die Qualität ihrer Waren gewissenlos hinwegtäuschen und diese Schundwaren dabei noch zu verhältnismäßig theuren Preisen verkaufen. Es ist gewiß, daß an allem diesem etwas Wahres ist, und daß insbesondere die sogenannten Ramschbazare in ihrer geschäftlichen Moral oft zu wünschen übrig lassen. Und dennoch treffen diese Vorwürfe nicht den Kern der Sache. Würden die Warenhäuser nicht mehr und nicht weniger als solche Instruktionen von Zug und Trug sein, so würde ihnen einfach mit dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes oder mit dem Strafgesetze entgegengetreten werden können. Ihre Anziehungskraft könnte dann aber auch selbst gegenüber der vorurtheilslosesten Kundschaft unmöglich so anhaltend sein, denn so icht ist selbst die unwissendste Kundschaft nicht, daß sie nicht schließlich doch durch Schaden belehrt würde. Nein, die Warenhäuser sind nicht deshalb gefährlich, weil sie vielfach schlechte Ware zu theuren Preisen an den Mann bringen, sondern durch das gerade Gegenteil, weil sie leidliche Ware zu so ungewöhnlich billigen Preisen feil halten, daß ihnen die Kundschaft massenweise zufließt. Das Ungewöhnliche liegt nur in der Art, wie sie dies fertig bringen. Die Warenhäuser sind keinesfalls in allen ihren Waren, sondern immer nur in bestimmten, vielfach wechselnden Artikeln gut und billig, aber immer in solchen Artikeln, in denen ein Massenumsatz möglich ist. Die durch waggonweisen Bezug und Barzahlung billig erstandene Zugware einfachsten Sortiments wird oft nur für wenige Tage unter riesiger Reklame spottbillig in die Massen geworfen, sie überzeugt das Publikum, daß man in Warenhäusern tatsächlich gut und fabelhaft billig kaufen kann, und sie zieht lauscherne Massen in die weiten Kaufräume. Mit geschärftem Geschäftssinn weiß das Warenhaus die zur raschen Vermehrung seines Gesamtumsatzes dienlichsten Zugartikel so einzukaufen, daß der große Umsatz oft noch einen hinreichenden Gewinn abwirft. In brutaler Rücksichtslosigkeit, unbekümmert um die sonstigen Geschäfte am Plage, greift das Warenhaus heute Geschirr, morgen Apfelsinen und Weintrauben, ein anderes Mal Kaffee und Zucker, Konserven, dann wieder Strumpfwaren, Schuhe, Möbel, zu Weihnachten Lebkuchen und Spielwaren, und so weiter einen Artikel nach dem anderen mit stets neuer Zugkraft heraus und wirft sie in solchen Mengen und zu solchen Preisen auf den Markt, daß kein Kaufmann oder Handwerker damit konkurrieren kann. Die übrige Kaufmannschaft am Plage muß den Artikel entweder fallen lassen oder ohne jeden Gewinn, ja oft noch mit Schaden verkaufen. Das Gemeinschädliche solcher Preis-schleuderei ist dabei, daß die Preise solcher Artikel dann auch für die Folge gedrückt bleiben, auch wenn das Warenhaus sich längst schon auf andere Artikel geworfen hat. Die Warenhäuser schwellen auf diese Weise in ihrem Umsatz mehr und mehr auf, und der übrige Kleinhandel verkümmert. Das ist es, was die Erbitterung gegen die Warenhäuser hervorgerufen hat und was diese Erbitterung auch hinreichend erklärt.

Fast noch mehr als der Kleinhandel leidet hierbei der Handwerker, der sich dem Drucke der Warenhauskonkurrenz nicht dadurch zu entziehen vermag, daß er die im Preise heruntergebrachten Artikel raschen Entschlusses fallen läßt und dafür neue, besser lohnende aufnimmt. Seine Werkstatt ist nicht

für solchen raschen Wechsel der Spezialitäten eingerichtet, seine Gesellen und er selbst stnd auf den vertrauten Artikel zu sehr eingearbeitet, als daß hier ein kurzer Wandel überhaupt denkbar wäre. Der Handwerker muß aushalten, und wenn er dann schließlich doch zu der bitteren Erkenntnis gelangt, daß er trotz aller seiner Anstrengungen mehr und mehr an Absatz verliert, dann ist es für manchen vielleicht schon zu spät, sich auf neue Artikel einzurichten.

Niemand würde an der Größe oder Vielseitigkeit eines Geschäftsbetriebes des Kleinhandels Anstoß nehmen, welches auf Qualitäten und Preise hält, mit denen die anderen Geschäfte konkurrieren können, das sieht man an den hier bestehenden geachteten Großgeschäften. Die keine Rücksicht kennende Preisschleuderei der Warenhäuser aber hat sie in einen so schroffen Gegensatz zu der gesamten übrigen Kaufmannschaft gebracht, wie ein solcher im Handel seither undenkbar war; und dieser von ihnen selbst verschuldeten, aus einem absolut mangelnden Gemeinheitsgefühl hervorgehenden Gegenätzlichkeit haben die Warenhäuser es auch zu verdanken, daß jetzt so zientlich die gesamte Kaufmannschaft, soweit sie nicht mit ihnen in geschäftlichen Beziehungen steht, gegen sie Stellung nimmt und Außenstehenden das unliebsame Schauspiel bietet, daß die Hilfe des Staates gegen die eigenen Standesgenossen angerufen wird.

Wenn nach diesem allem die theoretische Erfassung dessen, was das Gesetz treffen will und was im besonderen den Warenhäusern eigentümlich ist, in allgemeiner Umschreibung wohl möglich ist, so ist auch für die praktische Anwendbarkeit des Gesetzes die Aufstellung bestimmter Merkmale zu versuchen. Von einer eigentlichen Definition des Warenhauses wird besser Abstand genommen, aus den gleichen Erwägungen, welche auch in der Reichsgesetzgebung dazu geführt haben, derartige in ihren Grenzlinien sich beständig verrückende Entwicklungsformen (wie z. B. die Betriebsformen der Fabrik und des Handwerks) undefiniert zu lassen. Hier wie dort muß nach den Umständen des Falles, unter Berücksichtigung der Absicht des Gesetzes und der aus der Begründung desselben herzuleitenden allgemeinen Anhaltspunkte, entschieden werden. Solche Anhaltspunkte sind aber kurz zusammengefaßt namentlich folgende.

Es ist im einzelnen Falle zu untersuchen, ob das in Frage stehende Geschäft:

- a) nach Umfang und Organisation von so erheblicher Bedeutung ist, daß es den Warenumsatz am Platz überhaupt beeinflussen kann;
- b) ob es seine Waren teilweise oder zeitweise zu so niedrigen Preisen in das Publikum bringt, daß dagegen jeder Wettbewerb ordnungsmäßig geleiteter Geschäftsbetriebe des Kleinhandels und des Kleingewerbes unmöglich ist;
- c) ob es dieses Uebergewicht noch dadurch verstärkt, daß es durch ungewöhnliche Maßnahmen (sogenannte billige Tage, photographische Alsters, unreele Marktschreierei u. ähnl.) oder durch ungewöhnliche Zusammenfassung der verschiedensten Warengattungen eine massenhafte Kundschaft anziehen bemüht ist.

Eine sicheres Merkzeichen für eine bestimmte Gruppe solcher Geschäfte, die ohne jede Rücksicht ins Geschäft zu kommen suchen, wird auch darin zu erblicken sein, daß der Geschäftsvertrug solcher Unternehmungen zeitweise in einem schreienden Mißverhältnisse zu ihrem rasch ansteigenden Umsatze steht. Dieses Merkmal wird in bestimmten Fällen auch schon für sich entscheidend sein können, nämlich dann, wenn gewerbliche Unternehmungen großen Umsatzes ein Einkommen überhaupt nicht oder in völlig unzureichendem Umfange versteuern.

Zu § 2.

Die Entscheidung der Frage, ob ein gewerbliches Unternehmen im Einzelfalle dem § 1 des Gesetzes unterworfen werden kann, wird häufig sehr schwierig sein. Ihre Beantwortung den Gemeinde- und Aufsichtsbehörden zu überlassen, geht nicht wohl an, es ist vielmehr notwendig, die letzte Entscheidung dem Verwaltungsgerichte zuzuwenden, wie dies auch bezüglich der Frage, ob ein nach dem Gesetze vom 7. Juni 1890 Nr. 28 steuerpflichtiger Wanderlagerbetrieb vorliegt, in Gemäßheit des § 55, 5 Z. 6 des Gesetzes, betreffend die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 Nr. 26, geschehen ist.

Zu § 3.

Als Umsatz ist ohne Rücksicht auf das Reineinkommen die Kasseinnahme des der Veranlagung vorangegangenen Geschäftsjahres anzunehmen. Wenn das Ergebnis für ein solches noch nicht vorliegt, so ist die Kasseinnahme nach dem Durchschnitt des Zeitraumes des Bestehens der gewerblichen Unternehmung, nötigenfalls nach dem mittelmäßigen Jahresertrage in Ansatz zu bringen (vergl. auch § 10 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 16. April 1896 Nr. 21).

Die Höchstgrenze der für das Jahr zu entrichtenden Steuer ist auf 2 pZt. des Jahresumsatzes festgesetzt. Dieser Satz entspricht ungefähr dem von den übrigen Bundesstaaten gewählten, und muß auch als ausreichend angesehen werden, wenn der Charakter der Steuer nicht verloren gehen soll.

Es ist schon verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob eine solche Umsatzsteuer nicht mit der Bestimmung des § 7 Ziff. 6 der Reichsgewerbeordnung im Widerspruch steht, welche besagt, daß

„vorbehaltslich der an den Staat und die Gemeinde zu entrichtenden Gewerbesteuern alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, sowie die Verrechnung, dergleichen Abgaben aufzu-erlegen, aufgehoben seien.“

Diese Frage ist in Uebereinstimmung mit mehreren obersten Entscheidungen (vergl. insbesondere Entscheidung des Reichsgerichts vom 17. September 1901 [Gewerbearchiv von v. Rohrscheidt, Bd. 1 S. 602 ff.]) zu verneinen. Die Reichsgewerbeordnung hat offenbar nur Abgaben im Sinne von Lizenzen, Konzessionsabgaben usw. beseitigen wollen. So lange die Auflagen den Charakter einer Steuer bewahren, sind sie rechtlich unanfechtbar. Unanfechtbar würden sie erst dann sein, wenn sie durch ihre Höhe die Fortführung bestehender Betriebe tatsächlich unmöglich machen und sich damit in Widerspruch zu der fundamentalen Bestimmung der ganzen Reichsgewerbeordnung setzen würden, wonach der Betrieb eines Gewerbes jedermann gestattet ist, soweit nicht durch die Reichsgewerbeordnung Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind. Eben um dieser grundlegenden reichsgesetzlichen Bestimmung willen muß daher auch jeder Versuch, den Betrieb der Warenhäuser auf dem Wege der landesgesetzlichen Besteuerung einfach unmöglich zu machen, als ungesetzlich zurückgewiesen werden.

Zu § 4.

Die Bestimmungen in § 4 sind so gefaßt, daß eine mißbräuchliche Anwendung der Steuer in jedem einzelnen Falle von Aussichtswegen richtig gestellt werden kann. Auch über die Höhe der Steuer des anzulegenden Prozentsatzes soll auf Antrag und Vorschlag der Gemeinde die Aufsichtsbehörde nach billigem Ermessen bestimmen. Der Feststellungsbehörde ist innerhalb der in § 3 angegebenen Höchstgrenze Freiheit in der Feststellung der Höhe des Steuerfußes überlassen. Es werden sich in der Praxis von selbst bestimmte Grundsätze herausbilden, nach denen die Festsetzung zu erfolgen hat. Aus der Absicht des Gesetzes wird als maßgebender Grundsatze abzuleiten sein, daß die Steuer um so höher anzulegen ist, je erheblicher die Nachteile sind, welche ein unter das Gesetz fallender Betrieb auf die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes ausübt, und je bedeutlicher die Mittel sind, deren sich solche Betriebe zur Heranziehung der Kundschaft bedienen. In dieser Hinsicht wird z. B. ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Konsumvereinen und Reisevereinen einerseits und den Warenhäusern, Abzahlungsgeeschäften usw. andererseits gemacht werden müssen.

Die Gemeindebehörde (Magistrat, Gemeindevorsteher), welche mit Zustimmung der Stadtverordneten bzw. des Gemeinderates die Steuer zur Anwendung zu bringen beschloßen hat, legt der Aufsichtsbehörde jährlich ein Verzeichnis der nach den Beschlüssen der Gemeindebehörden zur Umsatzsteuer heranzuziehenden gewerblichen Unternehmungen unter Angabe des festgestellten Umsatzes und des in Vorschlag zu bringenden Prozentsatzes vor. Die Aufsichtsbehörde trifft ihre Entscheidung, und der Magistrat bzw. Gemeindevorsteher benachrichtigt die Steuerpflichtigen (§ 8). Dies wird das regelmäßige Verfahren sein, wenngleich auch

die Befugnis der Gemeindebehörden nicht zu bestreiten ist, im Einzelfalle die Steuerpflichtigkeit einer Unternehmung an sich in Gemäßheit des § 2 zur Entscheidung zu bringen.

Selbstverständlich ist, daß auch den Gemeindebehörden Klage bezw. Beschwerde gegen die Entscheidungen und Beschlüsse der Aufschätzbehörden zusteht, und daß, wenn eine Klage nach § 2 erhoben ist, die Beschwerdefrist des § 4 erst zu laufen beginnt, wenn die Klage rechtskräftig entschieden bezw. auf Grund solcher rechtskräftigen Entscheidung dem Steuerpflichtigen die Steuer nach § 8 bekannt gemacht ist.

Zu § 5.

Welche Beweisstücke für die Veranlagung und Feststellung der Steuer zu fordern sein werden, wird von der Art des Unternehmens und dem besonderen Falle abhängig sein. Im allgemeinen werden schon die ordnungsmäßig geführten Geschäftsbücher und die vorgeschriebene jährliche Bilanz in Verbindung mit dem Inventar ausreichende Unterlagen bieten. Doch wird es den Behörden unbenommen bleiben, darüber hinaus in besonderen Fällen sich auch noch sonstige Belege, die sie für erforderlich halten, vorlegen zu lassen (z. B. bei Versteigerungs- und Ausverkaufsgeschäften Nachweise über die Herkunft der Ware, bei Zweigniederlassungen Vorlage der Geschäftsverträge u. dergl.). Soweit die Behörden die Heranziehung von Sachverständigen für nötig befinden, dürfen die letzteren selbstredend in keinem Wettbewerbsverhältnisse zu dem in Betracht kommenden Unternehmen stehen, auch sind sie zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Weigert sich der Inhaber eines zur Umsatzsteuer heranzuziehenden Unternehmens, die geforderten Beweisstücke vorzulegen, so hat die Veranlagung nach freier Schätzung zu erfolgen, und würde der Unternehmer alsdann eine etwaige Ueberschätzung auf dem Wege der Beschwerde nachzuweisen haben.

Zu § 6.

Der wirtschaftspolitische Zweck des vorliegenden Gesetzes tritt in diesem Paragraphen in positiver Weise hervor. Er rechtfertigt überhaupt erst die Einführung einer solchen Sonderbesteuerung einzelner Unternehmungen, die andernfalls nicht ohne Bedenken sein würde.

Der Grundsatz der stärkeren Belastung besonders leistungsfähiger Betriebe zu Gunsten minder leistungsfähiger ist dem Steuersystem nicht fremd. Auch die Verwendung bestimmter Steuern und Abgaben für besondere im voraus festgelegte Zwecke ist nicht außergewöhnlich. Das Besondere in den Bestimmungen dieses Gesetzes ist nur der Zweck selbst, zu dem die durch eine besondere Gewerbesteuer aufzubringenden Beträge bestimmt sind. Diese Zweckbestimmung findet aber ihre Erklärung und Rechtfertigung in der dem vorliegenden ganzen Gesetze zu grunde liegenden Absicht, dem Kleinhandel und dem Kleingewerbe zu helfen.

Wie in der Begründung eingehend nachzuweisen versucht ist, kann auf dem Wege der besonderen Besteuerung der Warenhäuser zc. nicht mehr angestrebt und erreicht werden, als daß eben diese Unternehmungen höher als bisher belastet werden. Irgend welche direkte Erleichterung für das Kleingewerbe zc. ist damit ebensowenig zu erzielen, als etwa von der Mehrbelastung der Warenhäuser wesentliche Betriebseinschränkungen derselben zu erwarten stehen.

Soll dem Kleingewerbe geholfen werden, so muß es mit anderen Mitteln versucht werden. Die völlige Haltlosigkeit in den beteiligten Kreisen in Verbindung mit der stets zunehmenden Bedrängnis hat wohl zu verschiedenen Vorschlägen geführt, von denen als wirksamster neuerdings derjenige bezeichnet wird, welcher eine noch schärfere hauptpolizeiliche Einengung des Betriebes der Warenhäuser verlangt. Wo die Gemeinden zc. bereit sein werden, sich zum Erlaß solcher schärferen Bestimmungen zu entschließen, werden derartige aus feuerpolizeilichen Rücksichten etwa angustrebende Verschärfungen doch nicht erlassen werden können, ohne zugleich auf sonstige Geschäftshäuser und Fabriken Anwendung zu finden, bei denen die gleichen Voraussetzungen in feuerpolizeilicher Beziehung vorliegen. Ueber diese notwendigen Konsequenzen werden sich die Vertreter dieses Gedankens von vornherein klar sein müssen. Im Zusammenhange mit diesem Gesekentwurf ist aber nur die Frage zu beantworten, ob von einer derartigen Maßnahme irgend welche Erleichterung für das Kleingewerbe zu erwarten sein wird. Diese

Frage ist zu verneinen. Es ist jedenfalls nicht wahrscheinlich, daß die Warenhäuser etwa durch das Verbot, ihre oberen Etagen zu Verkaufsstellen benutzen zu dürfen, einen mehr als vorübergehenden Schaden erleiden werden; sie werden künftig nur statt in die Höhe mehr in die Breite gehen, und den Nachteil wird bei Neuanlagen nur der Grundbesitz in den in Betracht kommenden Straßenzügen haben.

Wir halten es überhaupt für unmöglich, die Warenhäuser, wie sie sich nun einmal entwickelt haben, durch irgendwelche direkte Maßnahmen der Gesetzgebung oder der Verwaltung wieder zu beseitigen. Eine wirksame Bekämpfung der Warenhäuser kann nur durch Selbsthilfe der Beteiligten erfolgen, Gesetzgebung und Verwaltung können ihnen aber hierbei behülflich sein. Diesen dem gewerblichen Mittelstande wohlwollenden grundsätzlichen Standpunkt hat sowohl die Landesversammlung wie auch die Landesregierung des öfteren rückhaltlos vertreten, und es ist nur eine Betätigung dieses Standpunktes, wenn, wie in dem Entwurfe vorgesehen, der Ertrag der Warenhaussteuer z. von vornherein für Aufwendungen festgelegt ist, die der Stärkung und Förderung des Kleinhandels und des Handwerks dienlich sein können.

Um wenigstens grundsätzlich festzustellen, an welche Aufwendungen hierbei zu denken ist, wird erforderlich sein, noch näher zu prüfen, worin die tatsächliche Ueberlegenheit der Warenhäuser, Konsumvereine zc. in geschäftlicher Hinsicht zu suchen ist, und welche Einrichtungen und Maßnahmen von den benachteiligten mittleren und kleinen Betrieben getroffen werden können, um sich in dem ihnen gewaltsam aufgebrungenen Kampfe widerstands- und leistungsfähiger zu machen.

Dies führt zu nachstehenden Betrachtungen:

Das Uebergewicht der Warenhäuser brückt sich in einer Reihe geschäftlich schwerwiegender Momente aus.

Es sind zunächst die allgemeinen Vorteile des Großbetriebes, welcher einerseits eine zweckentsprechende Organisation und damit die vollkommenste Ausnutzung aller vorhandenen Betriebsmittel, anderseits mit einem dem häufigen Umschlage entsprechenden geringeren Betriebskapitale doch beträchtliche Ersparnisse beim Einkaufe und einen prozentual niedrigeren Kostenzuschlag auf die einzelne Ware ermöglicht. Dies alles gestattet wieder eine niedrigere Normierung der Verkaufspreise.

Eine weitere Ueberlegenheit liegt in den Geschäftsgrundsätzen der Warenhäuser, z. B. darin, daß sie zwar möglichst verschiedene Waren, aber nur in den gangbaren Sorten führen, daß sie ein unverhältnismäßig geringes Lager halten, nur zu festen Preisen und gegen bar verkaufen, jedermann, auch dem Nichtkäufer, den Zutritt gestatten, den Käufer unterschiedslos behandeln zc.

Ueberlegen sind schließlich die Warenhäuser durch die ganze Art ihrer routinisierten Geschäftsführung, die sich in der Einrichtung des Betriebes, in den Bedingungen und der Form des Einkaufes, in der Ausstattung der Verkaufsräume, in ihrer Reklame und in der Art, das Publikum heranzuziehen, bemerkbar macht.

Das Uebergewicht der Konsumvereine beruht demgegenüber in erster Linie auf dem Besitz einer durch das eigene Interesse an das Unternehmen fest gebundenen kaufkräftigen Kundschaft. Die hierdurch ermöglichten Vorteile des Großeinkaufs drücken sich in billigeren Preisen oder in einer Umsatzdividende aus, die beide den Konsumvereinen beständig neue Mitglieder und damit wieder neue Abnehmer zuführen.

Wenn man die Momente des Uebergewichts der Warenhäuser und der Konsumvereine etwas tiefer nimmt, d. h. wenn man fragt, wodurch es diesen Unternehmungsformen überhaupt möglich wird, ihren Betrieben solchen Umfang und solche Erfolge zu geben, so wird man die tiefere Ursache bei den Konsumvereinen in einem zum Durchbruch gelangten Gemeinschaftsgefühl der Konsumenten, bei den Warenhäusern in der geschäftlichen Ueberlegenheit und in dem größeren Anlagekapitale des Unternehmers zu suchen haben. Der Interessenzusammenschluß der Konsumenten zu Konsumvereinen, die in den Warenhäusern vollzogene Vereinigung von Unternehmungsgeist, Geschäftsroutine und Großkapital, das ist wohl die Grundursache des Uebergewichts dieser

modernen Unternehmungen auf dem Gebiete des Detailhandels. Sind diese Vor- aussetzungen zutreffend, so werden aus ihnen auch wohl die Maßnahmen abzuleiten sein, welche dazu dienen können, die Kleinbetriebe in ihrem Wettbewerbe mit den Warenhäusern zc. zu stärken und widerstandsfähiger zu machen. Man würde nämlich zu folgern haben:

1. Daß gegenüber dem Interessenzusammenschlusse der Konsumenten in den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften auch das Gemein- schaftss- und Standesgefühl im Handel und Handwerk stärker herausgebildet und zu praktischer Betätigung hingelenkt werden muß.
2. Daß die geschäftliche Ueberlegenheit der Warenhäuser in erster Linie damit überwunden werden muß, daß im Kleinhandel und -Handwerk der Unternehmungsgeist mehr herausgebildet, die Anwendung moderner Geschäftsgrundsätze mehr verbreitet und die Ge- schäftstüchtigkeit des einzelnen mehr entwickelt wird.
3. Daß gegenüber dem Uebergewicht des Großkapitals in den Waren- häusern, des Großeinkaufs in den Konsumvereinen, der Massenerzeugung in den Genossenschaftsbetrieben die Interessen der Detaillisten und Handwerker sich ebenfalls zusammenschließen und sich zu kapital- kräftigen Einkaufsvereinigungen, Wertgenossenschaften zc. vereinen müssen.

Aus dieser Aufstellung der für den Wettbewerb der Kleinbetriebe not- wendigen Maßnahmen werden sich auch die Grundsätze für eine gewerbesfördernde Tätigkeit von Staat und Gemeinde entnehmen lassen. Diese würde sich zu erstrecken haben auf:

- a) Förderung aller Bestrebungen, welche den Gemein- sinn und das Standesgefühl im Kleinhandel und Kleingewerbe zu heben geeignet sind
(z. B. Förderung des Vereins- und Innungswesens, Anteilnahme an den das Kleingewerbe bewegenden Fragen und an seinen Veranstaltungen, wohlwollende Förderung seiner Unterstützungs- und Hilfsseinrichtungen, Würdigung der von den gesetzlichen Vertretungen des Kleinhandels und des Handwerks gegebenen Anregungen zc.).
- b) Förderung aller Bestrebungen, welche die geschäft- liche Tüchtigkeit der Detailkaufleute und der Hand- werker zu steigern in der Lage sind
(z. B. Ausbau des Lehrlingswesens, Ausgestaltung des Fort- bildungs- und Fachschulwesens, Fachkurse, Meisterkurse, Buchführungskurse, Unterstützung einheimischer und Beschaffung auswärtiger Fachausstellungen, Vorführung neuer Maschinen, Mustersammlungen, Prämiiierung besonderer Leistungen, Stipendien und dergl.).
- c) Förderung aller Bestrebungen, welche sich den Zu- sammenschluß von Detaillisten und Handwerkern behufs wirtschaftlicher Stärkung der einzelnen zur Aufgabe setzen.
(Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, Wertgenossenschaften, Kredit- und Hilfsvereine, gemeinsame Beschaffung von Maschinen und dergl.)

Diese Handel und Gewerbe fördernde Tätigkeit des Staates und der Gemeinden wird sich zum Teil auch in pekuniären Beihilfen ausdrücken müssen. Dies gilt namentlich für alle auf dem Gebiete der fachlichen Ausbildung liegenden Aufgaben. Auf diesem Gebiete sind Staat und Gemeinde schon längst erfolgreich tätig, und die aus den Erträgen der Umsatzsteuer ihnen zufließenden Mittel werden sie in den Stand setzen, hier künftig noch mehr zu leisten.

Es wird hierbei als Grundsatz gelten können, daß die Erträge der Steuer dem Detailhandel und dem Handwerk gleichmäßig zu gute kommen, daß, soweit die Erträge für die regelmäßigen jährlichen Aufwendungen nicht gebraucht werden, sie für bestimmte größere Verwendungen zurückgelegt, und soweit sich auch hierüber hinaus noch Ueberschüsse ergeben, zu einem besonderen „Landesfonds zur Förderung des Kleingewerbes“ angesammelt werden können. Eine solche Ver-

wendung aus den Erträgen der Umsatzsteuer wird dem ganzen Gewerbe mehr nützen als die anderorts vorgenommene Entlastung der untersten Gewerbetreibenden von ihrer verhältnismäßig geringfügigen Abgabe. Nicht darin besteht die Aufgabe, die Gewerbetriebe von ihren notwendigen Leistungen an Staat und Gemeinde zu befreien, sondern sie so leistungsfähig zu machen, daß ihnen diese Auflagen nicht zu einer Last werden.

Die Hilfsleistungen der Gemeinden und des Staates können selbstredend immer nur eine subsidiäre Bedeutung haben; alle ihre Bemühungen sind ohne entsprechende Mitleistungen der Beteiligten selbst mehr oder weniger wirkungslos. Die Frage der Selbsthilfe ist bei dem allgemeinen Drängen nach Staatshilfe viel zu lange im Hintergrunde geblieben. Handwerk und Kleinhandel müssen sich selbst sagen, daß bei der gewaltigen Umformung unseres gesamten Wirtschaftslebens sie allein nicht den Anspruch erheben können, daß ihnen ihre übernommenen und vielfach veralteten Betriebsformen gewahrt bleiben. Die Entwicklungsideale des Detailhandels wie des Handwerks liegen nicht in der Vergangenheit. Zur selbständigen Führung eines Geschäftes sind heute ganz andere Mittel und ganz anderes Wissen und Können erforderlich. Wer dieses nicht besitzt und sich doch selbständig macht, darf den Staat für seinen eventuellen Mißerfolg nicht verantwortlich machen. Es ist nicht notwendig, diesem Gedanken dadurch Geltung zu verschaffen, daß Unberufenen die Eröffnung eines selbständigen Geschäftes erschwert oder gar unmöglich gemacht wird; aber es ist wohl ebenso wenig ratsam, dem Drange nach gewerblicher Selbständigkeit von Staats wegen noch gleichsam Vorschub zu leisten, indem solchen, die den Schritt zur Selbständigkeit zu leichtem Sinnes, d. h. ohne genügende Mittel wagen, die allen Gewerbetreibenden obliegende Pflicht der Gewerbesteuerleistung abgenommen wird. Ist doch die Steuerleistung für die Ausübung des selbständigen Gewerbebetriebes heute tatsächlich noch die einzige, wenn auch geringfügige Schranke zwischen den Unselbständigen und Selbständigen. Aus dieser Erwägung, wie auch um des geringen Nutzens, den der einzelne davon haben würde, ist im vorliegenden Gesetze davon Abstand genommen worden, die Erträge der Umsatzsteuer etwa zur steuerlichen Entlastung der niedersten Gewerbesteuerstufen zu verwenden. Der Nutzen, der durch Verwendung dieser Erträge für das gemeine Wohl sich ergeben wird, ist ungleich höher anzusetzen, als die kaum nennenswerte Erleichterung, welche eine Anzahl Gewerbetreibender durch den Fortfall ihrer geringfügigen Gewerbesteuerleistung erfahren würde.

Der allzu große Drang nach Selbständigkeit ist vom Standpunkte des Gemeinwohles nicht notwendig, ja nicht einmal erwünscht. Die wohlmeinende Absicht der Reichsgewerbeordnung, allen wirklich Berufenen die Wege zur Selbständigkeit frei zu machen, ist von zahllosen Unberufenen mißbraucht worden, die Gewerbe zu überfüllen und in Unordnung zu bringen. Viele von den jetzt bedrängten Existenzen haben ihre mißliche Lage selbst verschuldet, sei es, weil sie den gesteigerten Anforderungen ihres Gewerbes nicht genügend gewachsen sind, sei es, weil sie sich zur Unzeit oder am unrichtigen Ort oder mit unzureichenden Mitteln selbständig gemacht haben. Staat und Gemeinde können wohl an ihrem Teile dazu mitwirken, daß die künftigen Kaufleute und Handwerker für den späteren Kampf im Leben und Beruf einigermaßen stark gemacht werden, den Kampf selbst aber können sie ihnen nicht abnehmen.

Ziehen Kleinhandel und Handwerk aus ihrer jetzigen mißlichen Lage die notwendige Folgerung, daß sie zunächst von der Ueberlegenheit ihrer stärkeren Konkurrenten lernen und dann, unter Beiseitelassung aller kleinlichen Unterschiede und Uneinigkeiten in den eigenen Reihen, sich zu gemeinsamen Einrichtungen vereinigen müssen, so werden sie über ihre Lage nicht zu verzweifeln brauchen. Ist doch jeder einzelne in einem wichtigen Punkte, nämlich darin, dem Großunternehmen des Warenhauses und des Konsumvereins überlegen, daß er mit seiner ganzen Persönlichkeit selbst hinter jedem Akte seines Geschäftes stehen kann. Ist der Detaillist, ist der Handwerker der rechte Mann am rechten Plage, so wird er der geringen Auswahl in den einzelnen Warengattungen des Warenhauses die volle Reichhaltigkeit seiner Spezialbranche, den Massenmustern der billigen Fabrikware eine dem verschiedenen Geschmache angepasste gediegene Ware, der marktschreierischen, auf den Augenblickserfolg abzielenden Reklame seine solide Firma

oder seinen ehrenwerten Handwerksnamen, der interesselosen Gleichgültigkeit des Verkäufers sein persönliches Vertrauensverhältnis zu seiner Kundschaft gegenüberstellen. Der ehrenwerte Kaufmann und Handwerker hat auf die Dauer doch seinen festen Rückhalt an der wohlmeinenden Bürgerschaft selbst. Schon jetzt, nachdem der erste Reiz des Neuen verfliegen ist, macht sich in der öffentlichen Meinung unseres Landes gegenüber den Warenhäusern ein starker Umschlag der allgemeinen Stimmung bemerkbar. Das Publikum, das sich durch die von den Warenhäusern vielfach geführte geringe Ware und durch die oft unzuverlässige Kasse benachtheiligt sieht, nimmt die den Kleinhandel ruinierenden Preise der Warenhäuser zum Anlaß, mit seinen Sympathien auf die Seite der bedrängten und geschädigten kleinen Geschäftsleute zu treten. Die Lieferanten und Fabrikanten, die in der jetzigen Zeit der Uebererzeugung die Entleerung ihrer Läger in die aufnahmefähigen Verkaufshallen der Warenhäuser nicht entbehren können, empfinden es gleichwohl mit verhaltenem Grimm, wie ihre Nottlage von den Warenhauseinkäufern ausgenutzt wird. Wenn die Konkurrenz der Warenhäuser untereinander die Verhältnisse auf die Spitze treibt, werden unausbleibliche Zusammenbrüche erkennen lassen, wie solche ausschließlich auf die Kaufneigungen des Publikums aufgebauten Riesenunternehmungen auch dessen allgemeines Empfinden auf die Länge nicht ungestraft verletzen können. Es wird für die Warenhäuser eine Frage des eigensten Interesses sein, sich nicht zu weit von den im Handel sonst geltenden Gewohnheiten und Anschauungen zu entfernen. Vermindert sich unter dem Druck der Verhältnisse und der öffentlichen Meinung das Uebergewicht der Warenhäuser, und sind auf der anderen Seite Kleinhandel und Kleingewerbe ernstlich bemüht, unter dem Beistande von Staat und Gemeinde die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen, so werden sich damit auch die im Detailhandel unseres Volkes jetzt vorhandenen großen Gegenfälschlichkeiten und Spannungen entsprechend vermindern. Was zur allmählichen Herbeiführung solchen Ausgleiches geschehen kann, darf im Interesse des gemeinen Wohls nicht unberücksichtigt bleiben. An der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken, ist auch das vorliegende Gesetz bestimmt, indem es dieselben Unternehmungen, welche heute so stark auf Kleinhandel und Handwerk lasten, dazu heranzieht, sie von diesem Drucke allmählich wieder zu entlasten.

Zu §§ 7 ff.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs werden einer besonderen Begründung nicht bedürfen.





Der braunschweigische Umsatzsteuerentwurf.

Von Dr. Reinhold Riehn.



In die Reihe der deutschen Staaten, die dem Kleinhandlertum durch rigorose Besteuerung leistungsfähiger Warenvermittlungsbetriebe auf Kosten des breiten konsumierenden Volkes den Kampf ums Dasein erleichtern wollen, ist nun auch das Herzogtum Braunschweig getreten. Mit einem Umsatzsteuerentwurf, der alles in den Schatten stellt, was auf diesem Gebiete in Preußen, Sachsen, Bayern und bis zu einem gewissen Grade auch in Württemberg geleistet worden ist.

I.

Der angeblich sozialpolitische Zweckgedanke des Entwurfs: die Besserung der Lage des alten Kleinhandels durch Schwächung oder gar Beseitigung üblerer und darum unbequemer Konkurrenz, tritt in ihm weit schärfer hervor als in den Entwürfen der anderen Staaten. Diese suchten die steuerliche Ausnahmerebehandlung „hassenswerter“ Betriebe doch wenigstens durch gewisse, den Grundsätzen moderner Besteuerung entsprechende Argumente zu rechtfertigen. Insbesondere mühte man sich in Preußen ab, die Umsatzsteuer als weiteren Fortschritt im Ausbau des gerechten, die höhere Leistungsfähigkeit in progressiver Steigerung erfassenden Steuersystems hinzustellen. Auch wurde von besonderen Aufwendungen des Staats und der Gemeinden für die gewaltigen Großbetriebe im Kleinhandel gesprochen. So unrichtig das alles auch war, namentlich gegenüber der konsumgenossenschaftlichen Form der Warenvermittlung, das eine blieb doch erfreulich: die preussische Regierung gab durch die verzweifelten Anstrengungen, die Umsatzabgabe als Gewerbesteuer zu rechtfertigen, zu erkennen, daß sie zwischen Gut und Böse wenigstens noch zu unterscheiden vermochte. Die sächsische Regierung wollte die Gemeinden an ihr altes Recht zur Auferlegung von Umsatzsteuern lediglich erinnern und gab ihnen verschiedene Rauteln und Ermahnungen zur Mäßigkeit mit auf den Weg. Die württembergische Regierung war

so offen, die gesetzliche Erlaubnis zur Erhöhung des normalen Umlageanteils unter Berücksichtigung der Bruttoeinnahmen für ein „Zugeständnis an die Bestrebungen verschiedener Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen trotz entgegenstehender prinzipieller Bedenken“ zu erklären. Sie hatte also die Verantwortung für das „sozialpolitische“ Steuerexperiment auf den Eigennutz interessierter Kreise abgewälzt und damit dem Volke die Notwendigkeit politischen Machterwerbes nahegelegt. Die braunschweigische Regierung dagegen gibt das einseitige Verlangen des Verbandes Niedersachsen der antisemitischen deutsch-sozialen Partei, „durch Einführung einer wirksamen Umsatzsteuer für Warenhäuser den notwendigen Schutz gegen diese Betriebe zu schaffen“, als eigene, auf tiefgründigen Erwägungen des gemeinen Wohles beruhende Weisheit aus.

Die braunschweigische Regierung ist der Meinung, daß es „eine vornehmste Aufgabe des Staates“ sei, „sich der Schwachen, und zwar auch der wirtschaftlich Schwachen, anzunehmen“. Und da die Landesversammlung den gleichen Standpunkt eingenommen hat, legt sie der Verwirklichung dieses lobenswerten Programms deren „Einmütigkeit . . . in der Beurteilung aller den gewerblichen Mittelstand schädigenden modernen Wirtschaftsformen, der Warenhäuser, Konsumvereine zc., zu grunde. Die deutsch-soziale Partei wird belehrt, daß sie viel zu bescheiden gewesen sei. Ihr Vorschlag hat — vermutlich, weil man ihn nicht an der Unerfüllbarkeit weitergehender Forderungen scheitern lassen wollte — „nur eine zufällig in den Vorbergrund gehobene Unternehmungsform erfaßt, andere, nicht minder bedrohliche Gebilde aber inkonsequenterweise fortgelassen“. Die so Getadelten mögen jubeln. Das Unglaubliche ist wahr geworden: „die seit Jahren in den verschiedensten Teilen Deutschlands abgehaltenen Interessentenversammlungen des Kleinhandels und des Handwerks“ mit ihren „bitteren Klagen gegen Warenhäuser, Konsumvereine, Raiffeisenvereine, Abzahlungsgeschäfte usw.“ haben die braunschweigische Regierung gelehrt, was „das gemeine Wohl“ erfordert.

„Für das gemeine Wohl kann es nicht gleichgültig sein, wie diese gegenwärtige Krisis ausläuft.“ Darum hat der Staat dafür zu sorgen, daß in ihr nicht zahllose Kleinbetriebe widerstandslos unterliegen. Das geschieht am besten durch Erleichterung des Uberganges zu der durch die Konsumenten und die Verkehrsentwicklung nun einmal geforderten rationellen Arbeitsweise. Die kleineren Betriebe, die „mit den Preisen und der Anziehungskraft der vorteilhafter arbeitenden Warenhäuser, Konsumvereine zc. nicht konkurrieren können“, muß der Staat konkurrenzfähig machen. Die Sache ist höchst einfach: Die leistungsfähigeren Großbetriebe werden heruntergenötigt von der Höhe der „sonst“ — d. h. beim zurückgebliebenen Kleinhandel — nicht üblichen Formen und Grundsätzen, und die kleineren rückständigen Betriebe werden durch eine fördernde, gewerbefördernde Tätigkeit wie durch eine hydraulische Presse hinaufgedrückt zu den jetzt noch als ungewöhnlich verpönten Formen und Grundsätzen. In der Mitte zwischen oben und unten

etwa müssen sich die grimmigen Gegner versöhnt in die Arme fallen. Denn hier ergibt sich die Notwendigkeit, bei völlig ausgeglichenem Kräfteunterschied sich in einheitlich festgesetzten Preisen für die Trübsal und Kosten langen Haders schadlos zu halten. Das gemeine Wohl ist da, und wer an dieser Art seiner Herbeiführung zweifelt, dem wird der Verfasser der Begründung des braunschweigischen Umsatzsteuerentwurfs an einer Pendeluhr den Vorgang veranschaulichen.

Der Umsatzsteuerentwurf hat es natürlich nur mit dem negativen Teile der braunschweigischen Gewerbe- regulierung zu tun. Er möchte dafür sorgen, „daß das Uebergewicht der Warenhäuser zc. nicht noch durch gemeinschädliches Geschäftsgebahren und durch unlautere Machenschaften vermehrt wird“. Und damit nur ja niemand sich hierdurch irreführen lasse und an die Besteuerung des Gewinns der Warenhäuser zc. aus geschäftlicher Unmoral denke, wird als Aufgabe der Umsatzsteuer am Schluß ihrer allgemeinen Begründung hervorgehoben:

1. Zurückweisung der gemeinschädlichen Aus- nutzung des Uebergewichts in die durch die all- gemeine Ordnung gebotenen Schranken.

2. „Vorsorgende“ (d. h. auf Beseitigung gerichtete) Berücksichtigung der Ungleichheit in der Leistungsfähig- keit bei der Verteilung der Steuerlasten.

Bei so unverhüllter Betonung des ausschließlich gewerbe- polizeilichen Zweckgedankens kann es nicht Wunder nehmen, daß der braunschweigische Umsatzsteuerentwurf weit schärfere und um- fassendere Bestimmungen enthält als die Gesetze der übrigen Staaten.

1. Eine Umsatzgrenze, von der ab die Besteuerung erlaubt sein soll, besteht nicht. Ueberhaupt ist von dem Erfordernis einer gewissen Ausdehnung des Geschäftsbetriebs ge- flissentlich abgesehen worden. Es ist höchst charakteristisch, daß der § 1 die Voraussetzung des Abweichens von den „sonst“ üblichen „Grundsätzen und Formen“ der steuerpflichtigen Geschäfts- betriebe aus dem Art. 23 des bayrischen Gewerbesteuergesetzes vom 9. Juni 1899 fast wörtlich übernommen hat, dagegen nicht wie dort eine außergewöhnliche Ausdehnung des Betriebs verlangt. Anstatt dessen soll es genügen, daß die von den sonst üblichen Grundsätzen und Formen abweichenden gewerblichen Unternehmungen „die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Klein- handels oder des Kleingewerbes erheblich benach- teiligen“.

2. Ebenfalls wenig besteht auch eine Grenze, bis zu der die Ent- ziehung des Betriebsergebnisses statthaft sein soll. Im Gegenteil soll nach der Begründung die „Steuer“ auch solche Betriebe umfassen, „die trotz großen Umsatzes ein Einkommen überhaupt nicht oder nur ein geringfügiges Einkommen haben“.

3. Endlich ist die beispielsweise Aufzählung der von der Umsatz- steuer betroffenen Unternehmungen eine erschöpfendere und tendenziösere.

Die Regierung ging da eben von dem Momente aus, „welches für das Gesetz das treibende war, von der Benachteiligung des Detailhandels und des Handwerks“. Da nun das Kleinhändlerum über die Schädigung durch die genossenschaftlichen Betriebsformen am lauteften zu lamentieren pflegt, werden natürlich auch die „Vereine zum gemeinschaftlichen Einkaufe von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ablass im kleinen (Konsumverein)“ aufgeführt. Selbst die Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verlaufe derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktivgenossenschaften) durften nicht fehlen. Kein anderer Staat hatte an sie gedacht, als er den Ausgleich zwischen wirtschaftlich stark und schwach auf dem Wege der Besteuerung herzustellen trachtete. Die braunschweigische Regierung will eben nicht nur sich den Interessenten willfährig zeigen, sie will wirklich Remedur gegen die überhandnehmende Steigerung der Leistungsfähigkeit eintreten lassen. Darum waren „alle sonstigen konkurrierenden Unternehmungen des Detailhandels, welche denselben zur Zeit mit ihrem Uebergewicht belasten, in die Wirkung dieses **Ausnahmegesetzes** einzubeziehen“.

Es ist konsequent und es entspricht durchaus der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Konsumvereinswesens, daß der braunschweigische Umsatzsteuerentwurf in erster Linie als Anschlag der Regierung auf die Entwicklung und Existenz der braunschweigischen Konsumvereine gedacht ist und dementsprechend ausgeführt werden soll.

In Preußen traten die Konsumvereine hinter den Warenhäusern zurück. In Bayern scheint man sie, nach der Fassung des Art. 23 des Gewerbesteuergesetzes zu beurteilen, vor der Hand nicht haben treffen zu wollen. Die württembergische Begründung macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Voraussetzungen einer Zusatzsteuer nach dem Umsatze für Konsumvereine in der Regel nicht zutreffen wird. Der braunschweigische Entwurf aber konstatiert, daß unbestritten „die Geschäftsbetriebe der Konsumvereine durch ihren großen und gleichsam gebundenen Kreis zahlungsfähiger (weil zu zweidrittel bis dreiviertel aus wirtschaftlich abhängiger, mittelloser Bevölkerung bestehend?) Abnehmer sehr viel günstiger gestellt sind, als die mit einem kleinen, stets wechselnden und oft noch zahlungsunfähigen Kundenkreise arbeitenden Kleingeschäfte“.

Und diese Benachteiligung der Kleingeschäfte ist nicht nur dem Grade, sondern auch der Ausdehnung nach erheblich. Sind doch in der Stadt Braunschweig und den übrigen Städten nach den Untersuchungen der dortigen Handelskammer ein Fünftel, in den Landgemeinden aber gar rund die Hälfte der Einwohnerschaft dem Kleinhandel, insbesondere der Kolonial- und Materialwarenbranche, durch die Konsumvereine „entzogen“. Die Ungewöhnlichkeit der Grundsätze aber läßt nichts zu wünschen übrig. Ein Kleinhändler, der an dem Konsumenten keinen Profit macht, existiert in ganz Deutschland, in der

ganzen Welt nicht. Da braucht bei den Konsumvereinen also nicht weiter nach ungewöhnlichen Geschäftsgrundsätzen gesucht zu werden. Sie bringen den ungewöhnlichsten, selbst manchem Regierassessor unbegreiflichen Geschäftsgrundsatz der Beseitigung des Gewinns im Preise und der vollen Zuwendung des ökonomischen Erfolgs aller auf den Warenvertrieb gerichteten Arbeit an den Konsum gleich mit zur Welt. Erwägt man also mit der braunschweigischen Regierung, daß „auch aus zahllosen Klagen aus den Kreisen des Kleinhandels heraus zur Genüge bekannt (ist), wie schwer dieser Ueberdruck auf dem Kleinhandel lastet“, so darf man sich wohl der Ueberzeugung hingeben, daß **jeder**, auch der jüngste und kleinste Konsumverein im Herzogtum Braunschweig der Umsatzbesteuerung ausgesetzt ist. Eine Regierung, die mit so unerhörter Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit, wie die braunschweigische, den wirtschaftlichen Schöpfungen von 90 000 Konsumenten, d. h. eines Fünftels der gesamten Bevölkerung des Herzogtums, gegenübersteht, wird gewiß mit Freuden alle Steuern feststellen oder feststellen lassen, welche gesinnungsverwandte Gemeinden den Konsumvereinen auferlegen wollen.

Besonders charakteristisch für das Maß, mit dem die Konsumvereine gemessen werden, ist schließlich noch die geplante Behandlung der Rabattmarkengeschäfte. Wer nicht den Entwurf zu verantworten hat, wird unwillkürlich an den höchst modernen, also ungewöhnlichen und von zahlreichen Geschäftsleuten und kaufmännischen Vereinen als unlauteren Kundensfang gebrandmarkten Rabattunfug denken, wenn er liest, daß auch die Rabattmarkengeschäfte zur besseren Bekämpfung „unlauterer Machenschaften“ und „gemeinschaftlichen Geschäftsgebarens“ der Umsatzsteuer unterworfen sein sollen. Er würde dann aber nicht mit der Tatsache gerechnet haben, daß fast kein Satz der Begründung in ihr selbst unwiderlegt bleibt. Es sind natürlich unter diesen Rabattmarkengeschäften durchaus nicht die oben bezeichneten Geschäfte und Vereinigungen zu verstehen, sondern nur „solche Unternehmer, welche zu ihrem Nutzen mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden besondere Rabattmarkenverträge schließen, denen zufolge das Publikum auf bestimmte Geschäfte hingelenkt wird“. Mit anderen Worten: Die Konsumvereine müssen auch für den Umsatz büßen, den bestimmte Geschäftsleute im Verkehr mit den Konsumvereinsmitgliedern unter Gewährung eines mit dem Verein vereinbarten und vor fünfzig Jahren schon üblichen Rabatts erzielen. Aber wie gesagt: „ungewöhnlich“ ist nur das, was der Kleinhandel nicht selbst üben kann oder will.

Es erschien geboten, Grund und Zweck der braunschweigischen Umsatzsteuer mit einer gewissen Ausführlichkeit mit den Worten der Entwurfsbegründung selbst darzustellen. Viel zu wenig Menschen sind in der Lage, diese selbst zu lesen und den Abgrund zu erkennen, vor dem die deutschen Länder stehen, deren „gemeines Wohl“ nach Ansicht ihrer Regierungen solche Gesetzesvorschläge erfordert wie den braun-

schweigischen Umsatzsteuerentwurf. Und auch dessen Verteidiger und Interessenten sollen zugeben, daß die Bemerkungen, die wir nach der formell-rechtlichen und der materiell-sittlichen Seite über ihn zu machen haben, nicht auf seiner falschen Auslegung beruhen.

II.

Der Entwurf will ein steuerrechtlicher sein. Die Gemeinden sollen das Recht haben, Warenhäuser, Konsumvereine usw. zu einer „besonderen Gewerbesteuer“ heranzuziehen. Aber gerade die Begründung des Entwurfs spricht gegen die Berechtigung seines Titels. Sie deckt mit bisweilen verblüffender Einfalt **Vertöße gegen die Grundsätze modernen Steuerrechts** auf, die in ihrer Gesamtheit die „Umsatzsteuer“ zum Gegenteil dessen machen, was wir heute in Deutschland „Steuer“ zu nennen pflegen.

Die angeblich sozialpolitische Tendenz des Entwurfs haben wir aus dessen Begründung bereits kennen gelernt. Es ist angesichts der Offenheit, mit der die Besteuerung als Mittel zur leichteren Austragung wirtschaftlicher Interessenkämpfe hingestellt wird, recht naiv, andere glauben machen zu wollen, die „wirtschaftspolitische Tendenz“ sei im Gegensatz zu den Umsatzsteuern anderer Staaten hier „nicht bei der Veranlagung, sondern bei der Verwendung der Steuer zum Ausdruck gebracht“. Die Begründung behauptet nämlich, Zweck der Umsatzsteuer sei, „Mittel zur Förderung und Stärkung derer zu beschaffen, die unter dem erdrückenden Uebergewicht der Warenhäuser usw. heute schwer leiden“. Sicherlich besteht diese Absicht der Unterstützung und Förderung des notleidenden Kleinhandels aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer. Aber wenn das der Zweck der ganzen Uebung wäre, warum hat denn dann der fürsorgende Staat nicht schon längst die Errichtung eines „Landesfonds zur Förderung des Kleingewerbes“ als Staatsaufgabe in Angriff genommen? Warum weigert er sich auch jetzt noch, aus dem allgemeinen Steuersäckel die Mittel zur Befriedigung dieses neuen Staatsinteresses so gut wie zu der jedes anderen zu entnehmen?

Nein, durch die künstliche Konstruktion eines Finanzzweckes wird der eigentliche, angeblich sozialpolitische Zweck nicht übertüncht. Selbst die Untersuchung, die der Verfasser der Begründung über den Begriff der Wirksamkeit vom Standpunkte der Philosophie aus angestellt hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es vom Standpunkte der Erhaltung des Kolonialwarengeschäftes aus für die braunschweigische Regierung allerdings eine Umsatzsteuer mit, wie man so sagt, nur „beschränkter“ Wirksamkeit gibt. Es kommt hier nicht darauf an, zu wissen, daß es nur ein „wirksam“ oder „unwirksam“ gibt, d. h. daß der „imaginäre Zustand einer nur beschränkten Wirksamkeit ... in der Praxis nicht“ besteht. Es kommt allein darauf an, was die braunschweigische Regierung mit der Umsatzsteuer erreichen will. Erscheint ihr die Vernichtung der von ihr betroffenen Konkurrenzbetriebe als die

ideale, aber leider noch nicht statthafte Wirksamkeit, so schließt das noch längst nicht ihre Zufriedenheit mit der Wirksamkeit aus, die lediglich in einer Eindämmung, in einem Ausgleich der Leistungsfähigkeit konkurrierender Betriebsformen besteht. Und die braunschweigische Regierung ist in der Tat schon zufrieden, wenn der alte gemütliche Kleinhandel etwas weniger als völlig von dem „Ueberdruck“, dem „Uebergewicht“ größerer Leistungsfähigkeit befreit wird. Ihr ist es nur unmöglich, „auch nur zu versuchen, den Warenhäusern (u. s. w.) eine derartig wirksame Steuer aufzuerlegen, daß Kleinhandel und Handwerk von dem Druck der Warenhäuser (u. s. w.) völlig befreit werden.“

An alles das hatte der Verfasser der Begründung nicht gedacht, als er der Bittschrift der deutsch-sozialen Partei einzig und allein den Wunsch nach völliger Beseitigung des Druckes unterstellte und zum Ueberfluß auch noch die braunschweigische Regierung, die doch staatsrechtlich immer noch sich von der deutsch-sozialen Partei unterscheidet, in ihren Bestrebungen mit der letzteren einfach identifizierte.

Bei einer „Steuer“, die von dem Gesetzgeber selbst „Ausgleichsteuer“ genannt wird, steht der eigentliche Zweck jeder Steuer, zur Bestreitung öffentlicher Ausgaben Beiträge zu liefern, zum mindesten nicht an erster Stelle. Aber auch um eine Erweiterung des finanziellen Steuerbegriffs zum sozialpolitischen, wie sie Adolf Wagner im Sinne gerechterer Verteilung der Steuerlasten durch stärkere Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit mittels progressiven oder regressiven Steuerfußes wünscht, handelt es sich hier nicht. Aufschluß gibt auch in dieser Beziehung allein und ganz vortrefflich die Entwurfsbegründung selbst. „Eine Warenhaussteuer“, heißt es da, „wird vom Kleingewerbe verlangt und ist von der Landesversammlung als erwägungswürdig bezeichnet worden, nicht um neue Einnahmequellen für Stadt (soll wohl heißen Staat) oder Gemeinde zu erschließen, sondern um damit dem Kleingewerbe zu helfen, die erhebliche Benachteiligung desselben in etwas auszugleichen. Folgerichtig war daher, bei der begrifflichen Bestimmung und Abgrenzung der der Steuer zu unterwerfenden Betriebe als Voraussetzung das Erfordernis aufzustellen, daß solche Geschäfte Kleinhandel und Handwerk einer Gemeinde erheblich benachteiligen.“

Hier haben wir also das volle Eingeständnis dafür, daß der erste Zweck der braunschweigischen Umsatzsteuer nicht die Deckung eines Staats- oder Gemeindebedarfs im allgemeinen Interesse ist. Auch nicht die Herbeiführung eines Ausgleichs für den Ausfall an Steuern, den Staat oder Gemeinde infolge etwaiger Schwächung der Steuerkraft der Kleinhändler durch den Konkurrenzkampf mit den überlegenen Betriebsformen erlitten haben sollten; erschien doch der Regierung die Verwendung der Umsatzsteuererträge im Sinne einer Entlastung der untersten Gewerbetreibenden deswegen nicht ratsam, weil alsdann lediglich eine Anzahl Gewerbetreibender eine „kaum nennenswerte Erleichterung . . . durch den Fortfall ihrer geringfügigen Gewerbesteuerleistung erfahren würde.“

Es bleibt also nur das eine übrig: Die braunschweigische Ausgleichsteuer soll einen Ausgleich schaffen oder doch herbeiführen helfen zwischen den Vorteilen rationeller Betriebsweise und den Nachteilen der zur Konkurrenz mit ihr „gewaltfam“ gezwungenen wirtschaftlichen Rückständigkeit. Erstere soll sich vor die Wahl gestellt sehen, ihrer Früchte beraubt zu werden oder auf „Qualitäten und Preise“ zu halten, „mit denen die anderen Geschäfte konkurrieren können“. Freiwillig oder unfreiwillig wird dann, so kalkulieren die braunschweigische Regierung und die hinter ihr stehenden Interessenten, „der allzu scharfe Geschäftssinn“ zu den gewöhnlichen Formen und Grundsätzen, mit denen unsere Großväter manch' schönen Groschen verdienten, zurückkehren, wenn er nicht bankrott werden will.

Im letzten Grunde läuft also die Umsatzsteuer auf die Beeinflussung der Verteilung des Volkseinkommens und Volksvermögens zu Gunsten der Kleinhändler, insbesondere der Kolonialwarenhändler, hinaus. Durch das in der rigorosen Bestrafung von Preisunterbietungen liegende Zwangspreismoment soll der alte Kleinhandel wieder in die Lage gesetzt werden, aus einem ausreichenden Kundenkreise mittels ausreichender Preise ein ausreichendes Einkommen zu gewinnen.

Eine „Steuer“, bei welcher der eigentliche, der finanzielle Zweck so völlig Nebensache ist wie hier, und die so ausgesprochen einem dem Wesen des Steuerbegriffs ganz fremden Zweck, nämlich dem der Erhaltung des Kleinhändlerturns, zu dienen hat, kann überhaupt nicht „Steuer“ genannt werden. Sie ist lediglich eine Vermögensauflage, die in unserem Falle ihrer Tendenz nach dem breiten konsumierenden Volke zu Gunsten der Kleinhändlerlaste auferlegt werden soll.

Es versteht sich theoretisch ohne weiteres von selbst, daß eine solche Vermögensauflage auf ganz anderen Grundsätzen aufgebaut sein muß, als eine echte und rechte Steuer. Die geplante braunschweigische Umsatzsteuer wird ein neues abschreckendes Beispiel dafür sein. Die Begründung läßt gerade in dieser Hinsicht an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

1. Es wird ganz offen von dem „Ausnahmegesetz“ gesprochen. Die braunschweigische Regierung wird also auch späterhin sich vergeblich bemühen, den völligen Bruch mit dem Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit der Steuerpflicht in Abrede zu stellen. Für eine Reihe willkürlich aus der Zahl der Geschäftsbetriebe herauszugreifender Unternehmungen, insbesondere aber für das zur Dotierung des Kleinhändlerturns heranzuziehende wirtschaftlich abhängige und mittellose Gros der Bevölkerung ist der 1. Absatz des § 17 des braunschweigischen Gemeindeabgabengesetzes vom 14. März 1899 vom Augenblick der Einführung der Umsatzsteuer ab aufgehoben. „Die direkten Gemeindesteuern sind alsdann nicht mehr auf alle der Besteuerung unterworfenen Pflichtigen nach festen und gleichmäßigen Grund-

fäßen zu verteilen.“ — Auch wenn sich die Aufbesserung oder Erhaltung kleinhandlender Einkommen einzig und allein auf dem Umwege der Reformierung der Betriebsweise erzielen ließe, würde doch die grösste Tatsache bestehen bleiben, daß einigen wirtschaftlich überlegenen Konkurrenten die Hergabe der Mittel zur Förderung ihrer weniger leistungsfähigen Konkurrenten aufgebürdet wird. Sollte es wirklich der braunschweigischen Regierung nicht auf die Nötigung zu besseren Preisen, „mit denen die anderen Geschäfte konkurrieren können“, angekommen sein, sondern vor allem auf die Beschaffung der Geldmittel und die Begründung eines „Landesfonds“ zur Subventionierung des Kleinhandlertums, dann hätte doch erst recht der gesamte Handel zur Tragung der neuen öffentlichen Last herangezogen werden müssen. Zumal doch die Regierung die stärkere Herausbildung des „Gemeinschafts- und Standesgefühls“ und deren Hinlenkung „zu praktischer Betätigung“ als das beste Mittel zur Kräftigung der Kleingeschäfte empfiehlt. Konnte es eine schönere Gelegenheit zur Übung dieser Tugenden geben als die der Selbstbesteuerung zu gunsten der Förderung des Berufs? Aber der braunschweigischen Regierung gefallen eben die niedrigen Preise nicht. Was aus wirtschaftlichen Gründen im Interesse seines Profits oder im Interesse des Konsums nicht von ihnen ablassen will oder kann — die Konsumvereine müßten absichtlich ihre Leistungsfähigkeit um die Hälfte etwa verringern, d. h. sich zur Dummheit und Trägheit zwingen, um gleiche Preise mit dem Kleinhandlertum zu erzielen, — das soll verpflichtet sein, wegen dieser Schädigung der Konkurrenz durch die zu niedrigen Preise Buße zu zahlen, möglichst in solcher Höhe, daß es in Zukunft „auf Preise hält, mit denen die anderen Geschäfte konkurrieren können“. Die braunschweigische Regierung wird gewiß in der konsumierenden Bevölkerung gleich den Kleinhändlern deren Besitzstand sehen. Sie kann also dem Vorwurfe, ein Urding von Steuer geschaffen zu haben, nur dadurch entgehen, daß sie den Konsumvereinen usw. nicht eine „Steuer“, sondern eine Buße wegen der Schmälerung des kleinhandlenderischen Kundenbesitzstandes durch niedrige Preise auferlegt wissen will.

2. Wie die Benachteiligung der weniger leistungsfähigen Konkurrenzbetriebe ein äußerer Grund der Besteuerung, so soll sie auch Maßstab ihrer Höhe sein. „Nach der Absicht des Gesetzes“, steht in der Begründung geschrieben, „wird als maßgebender Grundsatz abzuleiten sein, daß die Steuer um so höher anzusetzen ist, je erheblicher die Nachteile sind, welche ein unter das Gesetz fallender Betrieb auf die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes ausübt“ Eine Grenze findet sie nur in dem höchsten Steuerfuß von 2 pZt. des Umsatzes, dagegen nicht in irgendwelcher Berücksichtigung des Reineinkommens. Ein solches braucht nicht einmal vorhanden zu sein. Nur so glaubte die Regierung „den Intentionen der Landesversammlung am richtigsten zu entsprechen, denn eine

Warenhaussteuer, von der das Kleingewerbe keinen wirklichen und nachhaltigen Nutzen hat, würde kaum zu rechtfertigen sein.“ Sehr wahr! Aber zu rechtfertigen ist auch nicht eine „Steuer“, die in so unerhörter Weise den Grundsatz der Berücksichtigung und Wahrung der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen preisgibt. Als der Verfasser der Begründung, die gewerbepolizeiliche Natur der Umsatzsteuer hinwegzudisputieren suchte durch Zurückweisung der Wünsche nach einer wirksamen Steuer im Sinne der Erdrösselung des Steuerobjekts, da glaubte er seine Aufgabe schon mit dem bloßen Hinweis auf das Unnatürliche einer solchen Steuer erledigt zu haben. Sie, die „sich über das Grundprinzip jeder Besteuerung, die Wahrung der Ertragsfähigkeit des Steuerobjekts hinwegsetzen würde, könnte auf die Bezeichnung Steuer überhaupt keinen Anspruch mehr erheben“. Kurz darauf das Geständnis, daß den Intentionen der Landesversammlung entsprechend von irgendwelcher Berücksichtigung der Ertragsfähigkeit abgesehen werden mußte, weil andernfalls die Steuer unwirksam bliebe! Kann es eine schlimmere Beurteilung für die braunschweigische Regierung geben, als die durch den Begründer des Entwurfs? Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie. — Immer mehr tritt in der Steuerpolitik der deutschen Staaten das Bestreben hervor, die direkten Steuerlasten der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen möglichst entsprechend zu verteilen, weil nur so die Ergiebigkeit der Besteuerung Schritt halten kann mit dem Wachstum des Staatsbedarfs. Darum die Verdrängung des Ertragssteuersystems durch das Einkommensteuersystem, und wo ersteres noch besteht, die wachsende Berücksichtigung des Reinertrags neben seinen äußeren Merkmalen oder an ihrer Statt. Und nun diese „Umsatzsteuer“, von der die braunschweigische Regierung in jedem Wort ihrer Begründung durch Offenheit oder Widerspruch bekennt, daß sie absichtlich die Leistungsfähigkeit ignoriert, weil sie nicht wachsende, sondern abnehmende Erträge als Beweis für den Erfolg ihres wirtschaftspolitischen Zweckes will.

Nirgends treten die Verstöße gegen die Grundsätze der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Nachhaltigkeit (Wahrung der Ertragsfähigkeit des Steuerobjekts), kurz der Gerechtigkeit der Besteuerung so kraß zu Tage wie bei der Besteuerung des Konsumgenossenschaftlichen Warenverkehrs. Sie bildet ein schier unbegreifliches Monstrum einer „Gewerbesteuer.“

Schon der Umsatzbesteuerung der privatwirtschaftlichen Unternehmungen im Warenvertrieb muß der Charakter der direkten Abgabe überall da abgestritten werden, wo der Zweck der Besteuerung: die Abwälzung der Steuersumme auf die Konsumenten in entsprechend erhöhten Warenpreisen, erreicht worden ist. Bei den Konsumvereinen tritt das dort nur Mögliche notwendig ein. Die Konsumenten versorgen sich ja selbst; sie haben an die Stelle des eigenwirtschaftlich interessierten Händlers ihre Beamten gesetzt. Es ist also außer dem Konsumenten niemand da, der

die Umsatzbesteuerung auch nur im steuertechnischen Sinne tragen könnte. Die juristische Person? Wer noch auf dem Boden der Gespensttheorie steht, mag die Steuern von einem Gespenst zahlen lassen und nicht von den Menschen aus Fleisch und Blut, deren Vereinigung bei Erfüllung gewisser Formvorschriften „juristische Person“ genannt wird. Die Besteuerung des konsumgenossenschaftlichen Warenumsatzes bedeutet also eine indirekte, an der Warenvermittlungsstelle erhobene Verbrauchsabgabe. Anknüpfung an Gütermengen und Ignorierung der Leistungsfähigkeit der Betroffenen, das alles ist vorhanden. Und wenn nur ganz bestimmte Personen abgabepflichtig sind — nämlich die organisierten Konsumenten bezüglich des selbstvermittelten Bedarfs —, so bleibt es doch bei dem Begriff der indirekten Besteuerung. Daß ihr allein der organisierte Konsum unterliegen soll, macht sie wegen der Mißachtung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Steuerpflicht besonders verwerflich.

Man überlege doch ehrlich, was das bedeutet: Die Gemeinden dürfen die Konsumenten bis zur Höhe von 2 pZt. des konsumgenossenschaftlich gedeckten Bedarfs besteuern, und man wird über die Ungerechtigkeit, die Brutalität dieser neuesten Maßnahme zur Erhaltung des Kleinhändlerturns erschrecken! Nach den Untersuchungen der Braunschweiger Handelskammer wurde im Jahre 1900 in 83 Konsumvereinen des Herzogtums ein Umsatz von fast $5\frac{1}{2}$ Millionen Mark erzielt. Der durchschnittliche Umsatz eines Mitglieds betrug 242 M. Davon waren also bei zweiprozentiger Umsatzsteuer 4,80 M. zu entrichten. Die Vereine erstatteten 8,75 pZt. des Umsatzes als erspart zurück, pro Mitglied also 20,50 M. Fast ein Viertel der Ersparung kann also durchschnittlich den Konsumvereinsmitgliedern vorenthalten werden. Mit den Angehörigen waren es über 90 000 Personen — das sind 19,4 pZt. der braunschweigischen Bevölkerung — die irgendwie durch ihre eigenen Warenvertriebseinrichtungen versorgt wurden. Zwei Drittel davon stellen „die sogenannten besitzlosen Klassen“ dar. Würden also, entsprechend der Tendenz der Umsatzsteuerbegründung, sämtliche Konsumvereine besteuert, so hätte jeder 5. Einwohner eine Lebensmittelsteuer zu entrichten, die je nach der Höhe der zwischen 4 und 16 pZt. des Umsatzes schwankenden Ersparnis $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{8}$ derselben verschlingt. Und jeder so besteuerte 7. oder 8. Einwohner würde zu den Armen und Armsten des Landes zählen. Und das alles, damit die im ganzen geringfügige Summe von za. 110 000 M. dem entbehrlich gewordenen Kleinhändlerturn zur „Förderung“ überwiesen werden kann und dieses oder jenes Konsumvereinsmitglied, durch ein etwaiges Sinken der Rückvergütung, zur Untreue gegen seine Organisation verleitet und dem Kleinhändler wieder voll und ganz als Gewinnobjekt zugeführt wird.

Wo ist die indirekte Steuer, die es mit dieser an Ungerechtigkeit aufnehmen könnte? Es muß doch von den betroffenen Volkskreisen geradezu als Hohn empfunden werden, wenn ihre Regierung erklärt: „eine Berechtigung, die Konsumentenvereinigungen zu einer Ausgleichsteuer heranzuziehen“ lasse „sich steuerlich

auch schon aus den Verhältnissen selbst ableiten.“ Man höre die Ableitung und staune über sie: Die Regierung „erwägt, daß die im Konsumverein bezogene einzelne Ware vor der vom Händler gekauften stets den Vorprung voraus hat, daß sie nicht mit dem durch das persönliche Risiko des Unternehmers bedingten höheren Gewinnaufschlag belastet zu werden braucht. Diesen Ersparnissen aller Mitglieder gegenüber erscheint eine steuerliche Mehraufgabe auf den ganzen Betrieb der Konsumvereine, der eingetragenen wie der nicht eingetragenen, und auf die Waren führenden Raiffeisenvereine, auf die Genossenschaftsbäckereien und „Schlächtereien und ähnliche Unternehmungen im Grundsatz durchaus berechtigt.“ **Die Ersparnisse sind also ungerechtfertigte Bereicherungen, deren Herausgabe jeder Kleinhändler verlangen kann, dem sie nicht als Profit zugeflossen sind!**

Zu dieser Erkenntnis mußte wohl eine Regierung kommen, für welche die Förderung und Erhaltung einiger Duzend Kleinhändler das „gemeine Wohl“ zu bedeuten scheint, die mit eifrigem Schweigen die Segnungen der konsumgenossenschaftlichen Warenvermittlung für Tausende und aber Tausende des braunschweigischen Volkes übergeht und die der bittersten Armut Steuerleistungen mit einer Begründung und in einer Höhe zumutet, die von den Reichsten dieser Erde als Schrecken aller Schrecken des sozialistischen oder kommunistischen Zukunftstaates hingestellt zu werden pflegen.

Doppelt hassenwert und aufreizend gegen ihre Urheber macht diese Ausnahme-Konsumsteuer vollends noch die Tatsache, daß die in Konsumvereinen organisierten Konsumenten bereits einer Doppelbesteuerung bezüglich der Einkommensteile unterliegen, die ihnen als Ersparung nach bestimmten Zeiträumen zurückgeflossen sind. Entgegen den Ergebnissen der Wissenschaft wie der Rechtsprechung, wonach die Konsumvereine ein steuerpflichtiges Gewinneinkommen garnicht erzielen können, insbesondere nicht seit dem strafrechtlichen Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder, müssen die „besitzlosen Klassen“ für ihre Ersparungen bei Herausgabe eines wegen seiner Geringfügigkeit vielleicht nicht einmal steuerpflichtigen Einkommens Gewerbe- und Einkommensteuer in einer Progressionshöhe zahlen, der sonst oft nur Großkapitalisten verfallen sind. Zu dem allen tritt nun noch hinzu die offene Konfiskation eines beträchtlichen Teils der durch die konsumgenossenschaftliche Selbstversorgung mühevoll erzielten Ersparnisse. Wie wir sahen, mit einer Begründung, die in sittlicher Hinsicht an die Bestrafung arbeitsamer Menschen durch geldbedürftige Fürsten und edle Herren in vergangenen Jahrhunderten erinnert. Nur daß es heute — Kolonialwarenhändler sind, die politisch so hoch bewertet werden, daß die Staatsgewalt für sie dem arbeitenden Volke den Tribut auferlegt.

III.

Die geplante braunschweigische Umsatzsteuer könnte nicht ihren angeblich sozialpolitischen Zweckgedanken erfüllen, wenn sie nicht eine ganz bestimmte wirtschaftspolitische Tendenz enthielte. Daß eine solche überhaupt vorhanden, gibt die Begründung mit einem gewissen Stolz zu; sie will sie aber lediglich in der Verwendung der Steuersummen zu Gunsten des Kleinhändlerturns zum Ausdruck gebracht haben. Wäre das so, so könnte man von wirtschaftspolitischer Tendenz nicht gut sprechen. Es würde dann aber auch schwerlich eine Steuer erfunden worden sein, von der ihr Urheber klipp und klar beweist, daß sie keine Steuer ist. Er hat in heißem Bemühen um die Anerkennung der Interessenten zur Genüge verraten, daß dem Kleinhändlerturn nur durch Eindämmung der Wirksamkeit fortgeschrittener Betriebsformen der Warenvermittlung geholfen werden kann und soll. Das ist die „wirtschaftspolitische Tendenz“ der Vorlage, die hier offen zu Tage liegt. Vielleicht schämt sie sich auch ihrer Nacktheit nicht. Sie allein ist es, die dem braunschweigischen Volke keine neue „Steuer“, sondern in der Hülle einer Vermögensauflage rohester und drückendster Art eine gewerbe-
polizeiliche Maßnahme bringt, die sich als ein einzig großer Verstoß gegen die Grundsätze der Gewerbefreiheit darstellt.

Man vergegenwärtige sich doch, was die Reichsgewerbeordnung unter Gewerbefreiheit versteht und was die braunschweigische Regierung mit der Umsatzsteuer erreichen will.

1. Die preussische Regierungsinstruktion vom 26. Dezember 1808 enthält die Grundsätze der einzuführenden Gewerbefreiheit. Ihr Inhalt muß zur Deutung des Begriffs der Gewerbefreiheit, wie er später durch die preussische Gesetzgebung hindurch in die Reichsgewerbeordnung Eingang gefunden hat, herangezogen werden können. Da heißt es: „Bei allen Ansichten, Operationen und Vorschlägen der Regierungen muß der Grundsatz leitend sein, niemanden in dem Genuße seines Eigentums, seiner bürgerlichen Gerechtsame und Freiheit, solange er in den gesetzlichen Grenzen bleibt, weiter einzuschränken, als es zur Beförderung des allgemeinen Wohles nötig ist, einem jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte, in moralischer sowohl als physischer Hinsicht, zu gestatten und alle dagegen noch obwaltenden Hindernisse baldmöglichst auf eine legale Weise fortzuräumen.“ Und dann: „Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gange zu überlassen, d. h. keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken, insofern das Rechtsprinzip nicht dabei verletzt wird oder sie nicht gegen Religion, gute Sitten und Staatsverfassung anstoßen. Es ist unstaatswirt-

schastlich, den Gewerben eine andere als die oben bemerkte Grenze anzuweisen und verlangen zu wollen, daß dieselben von einem gewissen Standpunkte ab in eine andere Hand übergehen oder nur von gewissen Klassen betrieben werden“

2. Und was sagt die braunschweigische Regierung in der Begründung ihres Umsatzsteuerentwurfs im Jahre 1904?: „Aufgabe des Staates kann es in dieser Krisis (nämlich im Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Formen der Warenvermittlung) nur sein, diesen Uebergang (des alten Kleinhandels zu größerer Leistungsfähigkeit) in den Grenzen seiner Macht und Möglichkeit fördernd zu erleichtern, indem er die gemeinschädliche Ausnutzung des Uebergewichtes in die durch die allgemeine Ordnung (!) gebotenen Schranken zurückweist, indem er die Ungleichheit in der Leistungsfähigkeit bei der Verteilung der Steuerlasten vorsorgend berücksichtigt.“ Es „waren folgerichtig nicht nur die Warenhäuser, sondern auch alle sonstigen konkurrierenden Unternehmungen des Detailhandels, welche denselben durch ihre außergewöhnliche Form oder durch ihre ungewöhnlichen Geschäftsgrundsätze zur Zeit mit ihrem Uebergewicht belasten, in die Wirkung dieses Ausnahmegesetzes einzubeziehen. . . So ist es beispielsweise unbestreitbar, daß für den Zweig des Kolonialwarenhandels sich die Konsumvereine, für das Bäckerhandwerk die Genossenschaftsbäckereien zum mindesten als ebenso drückend erweisen, wie die Warenhäuser für die Manufaktur- und Haushaltungsgeschäfte.“ Dagegen würde niemand „an der Größe oder Vielseitigkeit eines Geschäftsbetriebes des Kleinhandels Anstoß nehmen, welches auf Qualität und Preise hält, mit denen die anderen Geschäfte konkurrieren können“.

Dieses wirtschaftspolitische Programm verhält sich zu der authentischen Interpretation des Begriffs der Gewerbefreiheit durch die preussische Regierungsinstruktion wie die Nacht zum Tage. Statt des natürlichen Ganges der Gewerbe die Schwächung der Leistungsfähigkeit entwickelterer Betriebsformen durch Ausgleichsteuern auf der einen und künstliches Aufpäppeln zurückgebliebener Gebilde durch öffentliche Subventionierung auf der anderen Seite. Nicht Gleichmachung der Bedingungen, „unter denen die wirtschaftliche Kraft sich entwickeln kann“, wie das der Kommissionsberichterstatte Dr. Stephani im Jahre 1868 im Reichstag als Kerngedanken der Gewerbeordnung hinstellte. Nein, erleichtert oder erschwert müssen diese Bedingungen werden; denn nur so lassen sich die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit nivellieren, können die Kräfte gleich gemacht werden. Und die Gleichmachung der Kräfte ist ja gerade das Ziel der braunschweigischen Umsatzsteuer.

Mehr noch: Die Umsatzsteuer soll nach Art eines Schutzzolles dem Kleinhandel die nötige Zeit gewähren zur „Fortentwicklung seiner inneren Struktur“ und zur Anpassung an die „gesteigerten

Anforderungen, die an den modernen Handelsbetrieb gestellt werden". Die „jetzt vorwiegend störende und zerstörende Wirkung der Warenhäuser usw.“ soll ja allenfalls durch das in ihr liegende erzieherische Moment segensreich gewesen sein. Das heißt: die braunschweigische Regierung verlegt mit ihrem Umsatzsteuerentwurf die Gewerbefreiheit in ihrer wichtigsten und für das moderne Staatswesen einfach fundamentalen Voraussetzung: in der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen. Die Regierung mißachtet das Recht auf den Arbeitserfolg, soweit er von Menschen beansprucht wird, deren Interessen ihr ebenso gleichgültig zu sein scheinen, wie die des Kleinhandlertums ihr wichtig sind. Sie wird nicht durch Erwägungen moralischer oder gesundheitlicher Art zur Eindämmung gewisser großbetrieblicher Formen des Warenverkehrs veranlaßt. Es treibt sie nicht einmal der Wunsch, die „Grundursache des Uebergewichts dieser modernen Unternehmungen auf dem Gebiete des Detailhandels“, nämlich den „Interessenzusammenschluß“ und die „Vereinigung von Unternehmungsgeist, Geschäftsroutine und Großkapital“ zu bekämpfen. Das alles erscheint ihr durchaus nicht als ein Uebel, vielmehr als notwendige Begleitererscheinung der „gewaltigen Umformung unseres gesamten Wirtschaftslebens“, die dem alten Kleinhandel nur Unspornendes, Nachahmenswertes bieten kann. Vom Uebel, „gemeingefährlich“ ist nur die Art und Richtung der Verwandlung des gesteigerten sachlichen Erfolgs rationell betriebener Warenvertriebsarbeit in persönliche Vorteile. Die Kleinhändler und die mit ihnen sympathisierenden Erwerbskreise wollen allein auf dem Gebiete des Warenvertriebes Unternehmer sein. Die „massenhafte in den niederen Handel eingedruckenen Laien-Elemente“ sorgen zwar unaufhörlich für die Zersplitterung und Verringerung der Profiteinkommen. Um so weniger sollen die Konsumenten sich der Nutzung ihrer Kaufkraft durch das Kleinhandlertum entziehen und die verschwenderischen Ausgaben für unnötige oder unvernünftige Arbeit bei der Bedarfsversorgung ersparen dürfen. Die braunschweigische Regierung will ihnen die Neigung zur Selbsthilfe etwas austreiben, indem sie ihnen den Sparerfolg schmälert. Es wäre ja herrlich, wenn die Zugkraft des Konsumvereinsgedankens in dem gleichen Maße und Tempo abnähme, wie die Leistungsfähigkeit des Kleinhandlertums sich höbe. Das Ideal der braunschweigischen Regierung: Uebergang der zur Zeit mit verdoppeltem Erfolg betriebenen konsumgenossenschaftlichen Warenvermittlung auf das individualistisch arbeitende Händlertum wäre dann erreicht.

Die preussische Instruktion hält ein solches Ideal für unstaatswirtschaftlich, und die Reichsgewerbeordnung will noch heute die Regierungen durch Bindung an den reichsgesetzlichen Zustand der Gewerbefreiheit davor bewahren, den Intentionen politisch einflußreicher Interessenten zu entsprechen und Klassengewerberecht zu üben. Wenn die braunschweigische Regierung trotz alledem die 90 000 Konsumenten durch Wegnahme eines beträchtlichen Teiles ihrer materiellen

Errungenschaft zum Verzicht auf die Selbstproduktion, „Warenvermittlung“ zu bewegen sucht, so verlangt sie eben, daß eine bestimmte Art wirtschaftlicher Unternehmung „von einem gewissen Standpunkte ab“, wie es in der preussischen Instruktion heißt, „in eine andere Hand übergehen“ und „nur von gewissen Klassen betrieben werden“ soll.

Angesichts einer so klar zu Tage liegenden Verletzung des Grundgedankens der Gewerbefreiheit sollte es eigentlich überflüssig sein, einen juristischen Paragraphenbeweis dafür zu führen, daß der braunschweigische Umsatzsteuerentwurf gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung verstößt. Wenn er doch geliefert wird, so geschieht das nur, um mit größerem Nachdruck die Reichsorgane an ihre Pflichten erinnern zu können, die über die Respektierung reichsgesetzlicher Vorschriften durch die Bundesregierungen zu wachen haben.

Die „Umsatzsteuer“ ist, wie wir sahen, keine Gewerbesteuer, sondern eine gewissen Betriebsformen mit der Absicht der Konkurrenzangleichung auferlegte Vermögensabgabe. Soweit sie Konsumvereine trifft, nichts mehr und nichts weniger als eine Art Familien-Konsumsteuer, die dem Konsumenten die Lust zur konsumgenossenschaftlichen Selbstversorgung verringern oder gar nehmen soll. Jedenfalls stets ein Mittel zur Eindämmung und Behinderung des Betriebs gewisser wirtschaftlicher Unternehmungen. Dieser Zweckgedanke sei in der Bezeichnung „Prohibitivsteuer“ kurz ausgedrückt.

Die Behinderung des Betriebes soll zwar, wie die Begründung hervorhebt, nicht bis zu dessen Vernichtung gehen. Eine wirksame Steuer im Sinne der Interessentenbittschrift könne nämlich nur eine „Erdrösselungssteuer“ sein und, diese die Wahrung der Ertragsfähigkeit des Steuerobjektes ignorierende Tendenz könne sich die Regierung nicht zu eigen machen. Bekanntlich hat sie sich aber doch über die Wahrung der Ertragsfähigkeit mit der ausdrücklichen Anordnung der Nichtberücksichtigung des Reineinkommens hinweggesetzt. Und es ist infolgedessen prinzipiell möglich, daß ein von der Umsatzsteuer betroffener Betrieb aufgegeben werden muß. Denn der Geschäftsmann muß wohl mit der Diogeneslaterne gesucht werden, der sein Betriebskapital angreift, um die Umsatzsteuer bezahlen zu können. Häufig wird die Betriebsform eine andere werden müssen. Eine solche Betriebsveränderung muß ebenfalls als Vernichtung des ursprünglichen Betriebes aufgefaßt werden. Wenn ich heute der Umsatzsteuer unterworfen werde, weil ich meinen Geschäftsbetrieb so und nicht anders führe, so ist eben dieser Geschäftsbetrieb infolge der Besteuerung vernichtet, sobald ich ihn dererwegen anders führe. Vernichtend im ersten Sinn wird die Umsatzsteuer zweifellos auf manche Konsumvereine wirken.

Arbeiten Gemeindebehörde und Kleinhändlertum, wie nur allzuhäufig, Hand in Hand, so wird die Umsatzsteuer als Dritter im Bunde das Entstehen neuer und die Fortführung junger Vereine unmöglich machen. Die Gemeindebehörde be-

schließt die Besteuerung, die Regierung bestätigt sie, und die klein-händlerische Konkurrenz verkauft eine Zeitlang zu erheblich niedrigeren oder gar zu Schleuderpreisen. Wenn dann der Konsumverein das Glück hat, im ersten Jahr 2 pZt. zu erübrigen, muß er die gesamte Er-übrigung zur Förderung seiner Konkurrenten herausgeben. Die Statistik der Braunschweiger Handelskammer über die Konsumvereine des Herzogtums weist einige Vereine auf, die nur 4 pZt. der Einkaufssumme zurückerstatten. Wenn die Rückvergütung auf 2 pZt. herabsinkt, wird die Bude wahrscheinlich geschlossen werden müssen. Was bei Warenhäusern eben nur im ungünstigsten Falle — sie wälzen bekanntlich die 2 pZt. meistens auf die Fabrikanten ab — das Gewinneinkommen des Inhabers schmälert, das beeinträchtigt die Wirksamkeit des Konsumvereins in höchstem Maße überall da, wo die Hoffnung auf „Dividenden“ stärker ist als die wirtschaftliche Einsicht. Größere Treue, festeres Zusammenhalten in wirtschaftlicher wie ideeller Hinsicht können allerdings, wie sich im Königreich Sachsen gezeigt hat, die Schäden im ganzen reichlich wett machen, die durch die Umsatzsteuer anfänglich verursacht sind. Aber im einzelnen glückt wohl hier und da die Spekulation des Gesetzgebers auf die weniger edlen Eigenschaften im Menschen, auf Untreue und Unvernunft.

Die Umsatzsteuer ist also durchaus geeignet, betriebsvernichtend zu wirken. Die landesgesetzliche Einführung derartiger Prohibitivsteuern verbietet aber die Reichsgewerbeordnung schlechtweg. Das geht aus deren § 143 unzweideutig hervor. Nach ihm soll, abgesehen von den auf Grund der §§ 51—54 der R.-G.-D. möglichen Strafverböten, nur noch auf Grund bereits bestehender Steuergesetze die Gewerbebefugnis entzogen werden können, also nicht durch neue Landessteuergesetze. Ob hierbei nur an Strafverbote nach Art der in der R.-G.-D. selbst enthaltenen gedacht war, ist gleichgültig. Denn wenn der Gesetzgeber sogar die nur ausnahmsweise zur Bestrafung irgend welchen erheblich gesetzwidrigen Verhaltens angebrohte Vernichtung der Gewerbeberechtigung mit der Zeit völlig beseitigt wissen wollte, dann doch erst recht die grundsätzlich beabsichtigte oder ermöglichte Betriebsvernichtung durch das Steuergesetz an sich, insbesondere durch die Höhe des Steuerfußes. Die braunschweigische Umsatzsteuer verstößt also gegen den § 143 R.-G.-D., soweit sie Bestimmungen enthält, die geeignet sind, gewerbevernichtend zu wirken. Höhe des Steuerfußes und Nichtberücksichtigung des wirklichen Einkommens bzw. der erzielten Erübrigung sind aber zum mindesten gegenüber den Konsumvereinen als solche reichsgesetzwidrige Bestimmungen anzusehen.

Das sind sie selbst dann, wenn ihnen nur gewerbeerschwerende und einschränkende Natur beizumessen wäre. An der Absicht der Eindämmung der Betriebstätigkeit kann ja nicht gezweifelt werden, ebenso wenig aber auch an der Fähigkeit hierzu. Die meisten Gewerbesteuer Gesetze der deutschen Staaten bewegen sich im höchsten Steuerfusse zwischen 1 und 2 pZt. des Reinertrags. 4 bis 5 pZt. des Einkommens werden als das höchste bezeichnet, was der Staat noch

ohne Gefährdung der Antriebe zur Betriebstätigkeit verlangen dürfte. Und nun soll die Begnahme von 20, 30, 40, ja mitunter 50 pZt. des Betriebsergebnisses ganz in der Ordnung sein! Wie kann denn im Ernst behauptet werden, derartige Konfiskationen seien lediglich die Folge gerechter Abstufung nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit und weder der Absicht noch der Wirkung nach im stande, Konsumenten von der Selbstversorgung, d. h. einer im Geiste der Gewerbeordnung liegenden, jedermann erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit abzuhalten? Eine Steuer von mehr als 20 pZt. des Ertrages sollte nach dem Urteil der preussischen Regierung „mindestens gegenüber manchen Betrieben den Charakter einer unstatthaften Prohibitivsteuer annehmen können“. Nach dem Urteil der braunschweigischen Regierung darf sie noch sehr weit über diese Grenze hinausgehen bis zum Angriff des Betriebskapitals. Wer hat Recht?

Die Reichsgewerbeordnung verbietet nicht schlechtweg auch alle betriebsemengenden Prohibitivsteuern. § 5 läßt „Beschränkungen des Betriebs einzelner Gewerbe, welche auf den Zoll-, Steuer- und Postgesetzen beruhen“, auch ferner hinzu. Es handelt sich aber hier lediglich um steuerpolizeiliche Beschränkungen, wobei wohl hauptsächlich an die Erzwingbarkeit gewisser technischer Voraussetzungen bei Erhebung indirekter Verbrauchsabgaben gedacht war. So dürfen z. B. Spielkartenfabriken nur an Orten errichtet werden, wo sich eine zur Wahrnehmung der steuerlichen Aufsicht geeignete Zoll- oder Steuerbehörde befindet. Prof. Rehm geht bei seiner scharfsinnigen Interpretation dieses Paragraphen noch etwas weiter und hält auf Grund desselben auch Prohibitivabgaben für einzelne Gewerbe für zulässig, wenn diese Abgaben in erster Linie finanziellen Zwecken dienen. Jedensfalls sind aber Prohibitivabgaben sozialpolitischer Tendenz wie die braunschweigische Umsatzsteuer auch nach § 5 der R.-G.-O. unzulässig.

Zum Beweise dafür sei die noch in anderer Beziehung wesentliche Ziffer 6 des § 7 R.-G.-O. herangezogen. Danach sind seit dem 1. Januar 1873 aufgehoben: „alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, sowie die Berechtigung, dergleichen Abgaben aufzuerlegen.“ Ausgenommen sind nur die „an den Staat und die Gemeinden zu entrichtenden Gewerbesteuern“. Wenn nun im § 5 von Beschränkungen des Betriebes einzelner Gewerbe die Rede ist, die zulässig sein sollen, soweit sie auf Steuergesetzen beruhen, so wird damit indirekt gesagt, daß unter den in § 7 Z. 6 aufrechterhaltenen „Gewerbesteuern“ nur rein finanzielle Belastungen mit steuerlichen Leistungen zu verstehen sind, die grundsätzlich nicht die Beschränkung der Betriebstätigkeit herbeiführen sollen, noch können. Denn andernfalls wäre der § 5 ja ganz überflüssig gewesen, zumal gegenüber § 7 Z. 6 die „Beschränkungen des Betriebes einzelner Gewerbe“ auch noch eine Einschränkung bedeutet haben würden.

Damit ist denn auch festgestellt, daß der Begriff der Gewerbesteuer im Sinne der Reichsgewerbeordnung sich mit dem allgemein

steuerrechtlichen deckt. Was nicht in erster Linie finanziellen Zwecken dienen soll, kann niemals Gewerbesteuer im Sinne der Gewerbeordnung sein. Und da nur diese nicht reichsgesetzlich beseitigt sein soll, fällt die braunschweigische Umsatzsteuer notwendig unter das Verbot des § 7 Ziffer 6 R.-G.-O. Denn sie muß eben zu den Abgaben gezahlt werden, die für den Betrieb eines Gewerbes zu entrichten sind.

Man hat unter diesen Abgaben nur Lizenzen, Konzessionsabgaben und dergl. verstehen wollen und schließlich sogar behauptet, der unsere Gewerbefreiheit in sich einschließende Grundsatz des § 1 der R.-G.-O.: „Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet“, beziehe sich überhaupt nur auf die Zulassung, dagegen nicht auch auf die Ausübung oder besser die Fortführung des begonnenen Betriebes. Das wäre so ziemlich das Gegenteil von Gewerbefreiheit und kann schon deswegen nicht zutreffen. Auch wäre wohl die Frage berechtigt, wie denn von der Fortführung des Betriebes eines Gewerbes überhaupt noch die Rede sein könne, wenn „der Betrieb eines Gewerbes“ nur im Augenblick der Geschäftsöffnung vorhanden ist. Was schließlich den § 7 Z. 6 betrifft, so weist doch die Nebeneinanderreihung von Gewerbesteuern und den für den Betrieb eines Gewerbes zu entrichtenden Abgaben genügend darauf hin, daß auch alle gleich den Gewerbesteuern aus Anlaß der Fortführung des Geschäftsbetriebes entrichteten „Abgaben“ zu den Abgaben im Sinne dieses Paragraphen zu zählen sind, also ebenfalls für aufgehoben gelten müssen.

Diese Auffassung deckt sich übrigens auch mit der in der Begründung vertretenen: „Solange die Auflagen den Charakter einer Steuer bewahren,“ heißt es da, „sind sie rechtlich unanfechtbar“. Unanfechtbar würden sie aber nicht nur dann sein, wenn sie durch ihre Höhe die Fortführung bestehender Betriebe tatsächlich unmöglich machen, sondern auch schon dann, wenn sie bloß der Absicht oder der tatsächlichen Wirkung nach „die Fortführung bestehender Betriebe“ erschweren oder eindämmen. Denn auch in diesem Falle würden sie im „Widerspruch“ stehen „zu der fundamentalen Bestimmung der ganzen Reichsgewerbeordnung . . ., wonach der Betrieb eines Gewerbes jedermann gestattet ist, soweit nicht durch die Reichsgewerbeordnung Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind“. „Eben um dieser grundlegenden reichsgesetzlichen Bestimmung willen muß daher auch jeder Versuch, den Betrieb der Warenhäuser“ — ufm. natürlich — „auf dem Wege der landesgesetzlichen Besteuerung einfach unmöglich zu machen“ — oder zu beschränken — „als ungesetzlich zurückgewiesen werden“.

Der angeblich sozialpolitische Zweckgedanke der Ausgleiche der Leistungsfähigkeit konkurrierender Betriebe im Interesse des ökonomisch überholten Kleinhandlertums setzt also den braunschweigischen Umsatzsteuerentwurf nicht allein in Widerspruch mit dem Geiste der noch immer bestehenden Gewerbefreiheit. Der Entwurf verstößt

auch gegen die einzelnen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung.

Das Reich hat das Gewerberecht unter Ausschluß landesgesetzlicher Veränderung oder Ergänzung einheitlich und erschöpfend regeln wollen. Es schien ihm eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Kraftentfaltung Deutschlands im Wettkampfe mit dem Ausland und eine Lebensfrage für die kulturelle Weiterentwicklung des stark wachsenden deutschen Volkes zu sein, daß jedem Bürger in jedem Bundesstaate an jedem Orte grundsätzlich freie Bahn für die Betätigung seiner Anlagen und Fähigkeiten im Wirtschaftsleben gewährleistet werde. Auch heute noch hält das Reich an diesem Kerngedanken der Gewerbefreiheit fest. Wird es mit verschränkten Armen zusehen, wie ein Staat nach dem anderen ihn unter dem Deckmantel des Steuerrechts und der Sozialpolitik untergräbt? Wird es seinen Segen dazu geben, daß im Herzogtum Braunschweig blühende wirtschaftliche Unternehmungen von nicht weniger als einem Fünftel der Bevölkerung ganz offen und brutal um der Sonderinteressen einiger hundert Händler willen verfolgt und drangsaliert werden?

IV.

Das „gemeine Wohl“, sagt die braunschweigische Regierung, erfordert eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie wir sie aus der Begründung des Umsatzsteuerentwurfes kennen lernten. Sehen wir also zu, ob diese Politik in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht Anerkennung verdient. Ob sie um ihrer materiell-sittlichen Bedeutung willen mit Recht die Schranken des formellen Rechts durchbrechen will?

Zunächst eine Frage: Wird die braunschweigische Regierung die Konsequenzen ziehen und den auf der arbeitenden Bevölkerung lastenden „Ueberdruck“ der großkapitalistischen industriellen Unternehmungen durch „Ausgleichssteuern“ beseitigen helfen? Wenn es eine „ungewöhnliche Erscheinung“ im System der Volkswirtschaft ist, „daß die Konsumenten selbst Handel treiben“, d. h., daß viele schwache Kräfte sich miteinander verbinden, um auch auf dem Gebiete der Gütervermittlung der menschlichen Arbeit bei geringstem Aufwand den größtmöglichen Erfolg zu sichern, dann braucht man um volkswirtschaftliche Begründungen für die wirtschaftliche Erlösung der abhängigen besitzlosen Volksmassen im Sinne mechanischer Gleichmachung der Kräfteverschiedenheiten wirklich nicht verlegen zu sein. Ungewöhnliches brachte und bringt jeder Tag, seitdem nach der Versicherung unserer Rechtsordnung dem Tüchtigsten die Welt gehört. Auf dem Gebiete der Konstruktion wie der Organisation. Das Erz von seiner Lagerstätte im dunklen Schoß der Erde bis zur fertigen Schiene begleiten zu können, auf der künftig der Eisenbahnwagen nicht mehr mit nur 60 km in der Stunde, sondern mit 120 km oder mit 180 km bei elektrischem Antrieb dahinflaufen wird, das alles ist zum Mund- und Naseaufsperrern „außergewöhnlich“. Und daß der Rentier X von Divi-

den den lebt, die ihm im Preise ihres Arbeitserfolges Beamte und Arbeiter eines Unternehmens erwirtschaftet haben, dessen Einrichtungen er allenfalls aus den Zeitungen oder Geschäftsberichten kennt, weil das Gesetz mit seinen Gesellschaftsformen den mühelosen Erwerb vom Ruhesessel aus organisiert hat, das ist nicht minder ungewöhnlich und ein Hauptgrund für die wirklich „in die Breite gehende Unnutzbeziehung“ gegen die kapitalistische Produktionsweise.

Die braunschweigische Regierung wird natürlich so wenig wie sonst einer der Umsatzsteuerstaaten aus derartigen ungewöhnlichen Dingen die Berechtigung zur Gleichmachung der Kapitalkraft von Unternehmer und Arbeiter herleiten. Obwohl doch die hier vorhandenen Unterschiede allein Ursache der wirtschaftlichen Macht und Herrschaft über Häuser sind, in denen Millionen von Menschen sich nach der Freiheit über Körper und Geist sehnen.

Ungewöhnlich ist für die braunschweigische Regierung ja nicht 'mal die ökonomisch-technische Seite der zu besteuern den Betriebsformen der Warenvermittlung. Denn wovon in aller Welt sollen sie abweichen, wenn nach der Begründung Handwerk und Kleinhandel sich selbst sagen müssen, „daß bei der gewaltigen Umformung unseres gesamten Wirtschaftslebens sie allein nicht den Anspruch erheben können, daß ihnen ihre überkommenen und vielfach veralteten Betriebsformen gewahrt bleiben?“ Die „Entwicklungsideale des Detailhandels“, heißt es, „liegen nicht in der Vergangenheit“. Die „starr“ festgehaltenen, „überlieferten, aber veralteten Formen können also wohl nicht Maßstab sein für das „legitime“ Geschäftsgebahren, von dem die von der Regierung als vorbildlich hingestellten Betriebsformen nicht ungestraft abweichen dürfen.

Also auch diese volkswirtschaftliche Begründung der Sonderbesteuerung des organisierten Konsums wird durch die Regierung selbst ad absurdum geführt. Sie will „die notwendige wirtschaftliche Entwicklung nicht hemmen“, noch speziell „die Entstehung und Fortbildung von Großbetrieben verhindern“. Das U n g e w ö h n l i c h e liegt eben bei der Konsumgenossenschaftlichen Produktionsweise wohl nicht auf volkswirtschaftlichem, sondern auf sozial-ethischem Gebiete. Es sind der braunschweigischen Regierung offenbar zu viel Menschen, die hier den Erfolg wirtschaftlicher Unternehmungen nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung aller, die ihn durch ihren Konsum veranlaßt haben, unter sich teilen. Das neue soziale Prinzip, das eine Wirtschaftsweise in sich birgt, für die nicht mehr das Streben nach dem größtmöglichen Profit, sondern das solidarische Interesse weiter Volkskreise am größtmöglichen sachlichen Erfolg Antrieb ist, hat etwas Unbehagliches für Regierungen, welche die Vaterlandsliebe der Größe und dem Werte nach an dem Maße der vorhandenen und nicht der werdenden Zufriedenheit zu messen pflegen. Einige hundert Kleinhändler, die in politischer Demut ihre durch staatliche Hülfe gesicherten Einkommen verzehren werden, die sind begehrenswerter als die Erfolge der wirtschaftlichen Selbsthülfe von Zehntausenden wegen

ihrer unbefriedigenden materiellen Lage auch politisch unzufriedener Menschen. Darum die Parteinahme der Regierung für den auch noch so unwirtschaftlich erzielten Profit, sobald diesem das neue soziale Prinzip gefährlich wird.

Diese in keinerlei sachlichen, sondern einzig und allein in unausgesprochenen politischen Erwägungen wurzelnde Parteinahme für den kleinhändlerischen Profit erklärt allein die Uebertragung des Schutzzollgedankens auf das Gebiet des inneren wirtschaftlichen Wettbewerbs. Die Regierung will ganze Bevölkerungsgruppen von der Beteiligung an ihm ausgeschlossen wissen. Auf dem Wege der Zwangs- und Banngerechtigkeiten und der zünftlerischen Gewerbebegulierung, kurz, durch gemerbe-gesetzliche Normen darf sie ihr Ziel nicht erstreben. Darum müssen die Leistungen der Konsum- und produktivgenossenschaftlichen Unternehmungen durch besondere Besteuerung derart verteuert werden, daß die organisierten Konsumenten selbst das Bedürfnis zur Selbstversorgung verneinen, weil sie nicht mehr „der Ansicht sind, sich so besser zu stehen“. Also ein Schutzzoll, der sich von dem, was wir sonst darunter verstehen, nur durch die Ungeheuerlichkeit seines Zweckes unterscheidet. Er soll nicht ein geographisches Wirtschaftsgebiet oder, wie man sagt, die „nationale Arbeit“ gegen das Uebergewicht ausländischer Konkurrenz schützen. Nein, er soll die nationale Arbeit gegen die Konkurrenz der nationalen Arbeit schützen. Und zwar je nach dem Range, den die konkurrierenden Personen in der politischen Kalkulation von Regierungen einnehmen, die nur daran denken, wie sie sich durch die augenblicklichen parteipolitischen Situationen hindurchwinden können.

Damit ist die staatliche Wirtschaftspolitik zum Spielball für die Sonderinteressen derer geworden, die nach der Verfassung des Landes den „Volkswillen“ bilden und über den Begriff des „gemeinen Wohles“ entscheiden dürfen. Wie unverträglich und gefährvoll das für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der deutschen Staaten ist, in denen nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung an den politischen Geschäften des Landes teilnimmt, zeigt der braunschweigische Umsatzsteuerentwurf allen denen, die sehen wollen: 90 000 Menschen sollen zur Strafe dafür, daß sie wirtschaftlich fortgeschrittene Unternehmungen ins Leben gerufen haben, den Almosenfonds füllen, aus dem die Gemeinden und der Staat die Mittel zur Erhaltung gewisser ökonomisch überholter Betriebe gewinnen wollen. Sie, die zum größten Teil noch heute unter den traurigen sozialen Begleitererscheinungen all der technischen Fortschritte zu leiden haben, welche der Egoismus weniger Menschen nur für sich erbachet und durchgeführt wähnte, sie sollen sich nicht ungestört der technischen Fortschritte erfreuen dürfen, die ihrer persönlichen Weiterentwicklung von vornherein voll und ganz zu gute kommen. Daß die materiellen Früchte der menschlichen Arbeit nicht erst unter unsagbaren Anstrengungen und heftigen Kämpfen der geistigen und

sittlichen Aufwärtsbewegung möglichst vieler Menschen dienstbar gemacht zu werden brauchen, sondern sogleich als sozial-kulturelle in die Erscheinung treten, wird für „gemeinschaftlich“ erklärt. Die Begründung und Leitung von wirtschaftlichen Unternehmungen, die im allgemeinen Konkurrenzkampfe gerade nach dem Zeugnis ihrer Gegner glänzend ihre Berechtigung bewiesen haben, gilt als volkswirtschaftlicher Umsturz. Grund: weil hinter ihnen anstatt weniger zahllose, nicht auf gegenseitige Zerstörung bedachte, sondern sich gegenseitig nützende und fördernde Triebkräfte stehen! Und in denen diese leben, die Armen und Vermitteln des Volkes, sie sollen 20 bis 50 pZt. von den errungenen Vorteilen preisgeben, um sich selbst je eher desto besser dem entbehrlich gewordenen Kleinhandlertum als Nutzungsobjekt wieder ausliefern zu müssen. Das erfordere, sagt man ihnen, die Pflicht des Staates zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen und der Gedanke der gerechten Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit bei der Besteuerung! Und über dem allen die Versicherung der Rücksichtnahme auf das „gemeine Wohl“.

Man muß das alles durchdenken und durchfühlen, um das Unmaß von Unrecht zu erkennen, das mit dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik am Volke begangen wird. Haß und Erbitterung galten als das Werk gewissenloser Agitatoren, solange die „verführten“ Volksmassen sich mit dem Reichtum in die Güter dieser Welt zu teilen begehrten. Das war ein unnatürlicher, lächerlicher Gedanke, hinter dem nur törichte und wüste Begehrlichkeit stehen konnte. Und nun sollen dieselben Menschen sich die Güter dieser Welt auch nicht als wirtschaftlicher Unternehmer so gut wie jeder Händler oder Fabrikant in selbständiger, legitimer Arbeit erwerben dürfen. Das bischen wirtschaftliche Macht, das ihr auf dem Wege solidaristischer genossenschaftlicher Selbstproduktion zugefallen ist, das soll wegen seines „Uebergewichts“, seines „Ueberdrucks“ über einige „kolonialwareneingeschäfte“ dem Können rückständiger Konkurrenz gleichgemacht werden. Gleich zu Beginn der Anpassung an die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse im Sinne ihrer friedlich-gezüglichen Weiterentwicklung.

Es gibt keine Ausreden: wer die genossenschaftlich-solidaristische Arbeitsweise auf gesetzgeberischem Wege zu bekämpfen trachtet, der will das Volk nicht herauskommen lassen aus der wirtschaftlichen Unfreiheit. Der redet der Wiederkehr der Zwangsarbeit für die Herrschsüchtigen, Pässigen und Trägen das Wort. In einer Zeit, in der wir sie längst überwunden glauben und in der in den vielen Ansätzen zur Gemeinwirtschaft bereits den kulturellen Stand erreicht zu haben meinen, von dem aus wir die wirtschaftliche Realisierung der von der Kirche gepredigten Menschenliebe und der vor dem Gesetz bestehenden Achtung des Mitmenschen für möglich halten dürfen.

Wie muß das erbittern und verheizen: dieselben Regierungen, die früher die unzufriedenen Massen auf den Weg der

friedlichen Ueberwindung kapitalistischer Wirtschaftsweise im Sinne ihrer sozialgenossenschaftlichen Weiterentwicklung verwiesen haben, die verengern ihnen jetzt diesen Weg mit Umsatzsteuergesetzen oder sind gar dabei, ihn zu verschütten! Und wie muß das wirken, daß die Ausgleichswünsche weniger Händler, denen bei alter Arbeitsweise die genossenschaftlichen Betriebsformen Essen und Trinken etwas zu schmälern drohen, heute ganz begreiflich gefunden werden. So berechtigt, daß ihre Begehrlichkeit nicht allein einen beträchtlichen Teil des genossenschaftlichen Betriebsergebnisses, sondern sogar die Eindämmung der ökonomisch-technischen Fortentwicklung beanspruchen darf. Kurz und gut: Das Volk sieht die Regierungen, die seine im solidaristischen Sinne errichteten und geleiteten Wirtschaftsbetriebe mit Umsatzsteuern beschweren, für den Unverstand eintreten, der ehedem zur Zerstörung der Maschine trieb. Nur daß der Kampf gegen die konsumgenossenschaftliche Form der Gütervermittlung unendlich tief unter dem gegen die Maschine steht. Denn es treiben nicht wirkliche Verzweiflung, Elend und Verlassenheit von aller kirchlichen und weltlichen Autorität, sondern die Sorge um alte Behaglichkeit und altes Einkommen oder die Furcht vor neuer, ungewohnter Arbeit. Und er ist ein Kampf, nicht gegen herrischen Reichtum, sondern gegen emporstehende Armut, nicht auf offener Straße, zwar roh, aber ehrlich geführt, sondern bei aller Nachtheil der Motive und Ziele durch Bittschriften und Audienzen, unter dem Deckmantel des moralischen Interesses an der Erhaltung des „soliden, realen Kleinhandels“ und des patriotischen an der Bekämpfung wirtschaftlichen oder gar politischen Umsturzes!

Das sind Tatsachen, die stärker als Menschen unter den Menschen mühlen. Denn sie spotten aller wirtschaftlichen Vernunft und aller sozialen Gerechtigkeit. Unfähig, den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung dauernd aufzuhalten, mehrten sie die Unzufriedenheit in beiden Lagern und suchten auf anderem Wege einen geeigneten Ausdruck.

Was die braunschweigische Regierung erstrebt, ist doch wirklich derart, daß es Maßnahmen von so verhängnisvoller wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Tragweite nimmermehr rechtfertigt. In der IV. Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, der Ende April 1901 in Braunschweig die Resultate aus den Untersuchungen über die Kleinhandelsfrage zog, wurde der Gedanke der Umsatzbesteuerung der Konsumvereine allseitig verworfen. Mit Recht wurden die Konsequenzen — gesetzliche Festlegung des althergebrachten Zustandes auf Verlangen eines jeden, dessen Tätigkeit und Verdienst durch eine neuere Betriebsform umgangen oder geschmälert würde, Sonderbesteuerung der Großindustrie usw. — hervorgehoben. Die Befestigung der Konsumvereine auf dem Umwege der Besteuerung wurde von dem Referenten Regierungsassessor Bartels als „Gewaltakt“ bezeichnet, „der mit dem Standpunkte unserer modernen Gesetzgebung unvereinbar ist“. „Eine in erträglicher Höhe

gedachte Sondersteuer würde aber dem Kleinhändler lediglich die Mißgunst der ärmeren Klassen der Bevölkerung, die den Hauptteil der Konsumvereinsmitglieder ausmachen, zuziehen, die in der Steuer nur eine neue Belastung der sogenannten Besitzlosen zu Gunsten des Mittelstandes erblicken würden, ohne den Kleinhandel mit Sicherheit aus seiner gedrückten Lage zu befreien. Würde ihm auch die Ueberwindung der Differenz zwischen seinen und den Preisen der Vereine um etwas erleichtert, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Konsumvereine sich bemühen würden, durch Vergrößerung ihres Absatzgebietes, verstärkte Aufnahme der Eigenproduktion, engeren Anschluß an ihre Großeinkaufs-Genossenschaften ihre Rentabilität zu erhöhen: eine Verstärkung des Konkurrenzkampfes auf beiden Seiten wäre die mutmaßliche Folge.“*) Man sollte meinen, der Verband mitteldeutscher Handelskammern, dem doch gewiß keine Konsumvereinsfreundlichkeit nachgerühmt oder vorgeworfen werden kann, dürfte nicht vergeblich die gesetzgebenden Faktoren des Herzogtums gewarnt haben. — Jedoch: die Umsatzbesteuerung soll vielleicht nur die Einleitung des offenbaren Gewaltakts der radikalen Be-
seitigung des Konsumvereinswesens sein. Dann hätte das Vorgehen der Regierung wenigstens Hand und Fuß. Aber wehe dem Lande, wehe den Staatsmännern, die dazu helfen, daß der Haß breiter Volksschichten gegen eine über formelles und materielles Recht hinwegsetzende Politik der Sonderinteressen sich die Mitwirkung bei der Bildung des Volkswillens erkämpfen muß, der über den Inhalt der Forderungen des „gemeinen Wohles“ zu entscheiden hat!

Was mit der Umsatzbesteuerung der Konsumvereine getroffen wird, mag der Mehrzahl der Mitglieder der Landesversammlung wie der Regierung verborgen sein. Vielleicht geben sie sich die Mühe, ihre Ansichten über die Konsumvereinsgefahr mit geschichtlichem Sinn und durch Augenschein und Studium ihrer Wirkungen vom Standpunkte des allgemeinen — d. h. mit der Volkszahl rechnenden — Wohles aus einer Nachprüfung zu unterziehen, wenn sie hören, was schon vor Jahrzehnten der große englische Nationalökonom John Stuart Mill über Wesen und Bedeutung der Konsumvereinsbewegung dachte:

„In der korporativen Bewegung“, schreibt er inmitten seines wissenschaftlich nüchternen Lehrbuches der politischen Oekonomie, „deren Dauer jetzt als gesichert angesehen werden darf, sehen wir ein Beispiel der Entwicklung zu einer neuen Gestaltung in der Gesellschaft, wobei Freiheit und Selbständigkeit der Individuen mit den moralischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Vorteilen einer verbundenen Produktion sich vereinigen würden und welche ohne Gewalttätigkeit oder Beraubung und selbst ohne plötzliche Störungen in den bestehenden Gewohnheiten wenigstens auf dem industriellen

*) Vgl. S. 109 in „Kolonialwaren-Kleinhandel und Konsumvereine.“ Untersuchungen, herausgegeben von der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig 1901.

Gebiete die besten Wünsche des demokratischen Geistes verwirklichen könnte, indem sie der Teilung der Gesellschaft in Fleißige und Müßiggänger ein Ende machte und alle sozialen Auszeichnungen verschwinden ließe, mit Ausnahme der durch persönliche Dienste und Anstrengungen redlich erworbenen."

Und Schmoller — um auch einen angesehenen Vertreter der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft zum Worte kommen zu lassen — erblickt die Bedeutung genossenschaftlich-solidaristischer Arbeitsweise „in dem siegreichen Kampfe für ehrliche Geschäftsmaximen, für Barzahlung, für Sparsamkeit, in der Bekämpfung des Wuchers und der Warenfälschung, in der glücklichen Verbindung von Erwerbstrieb und sympathisch-genossenschaftlichen Gefühlen, auf denen sie beruhen, die sie fördern."

Das ist der „ganze Geist, der“, wie die Entwurfsbegründung von den Warenhäusern und damit auch von ihrem usw. den Konsumvereinen, sagt, aus diesen neuen Betriebsstätten des Handels herausweht.“ Den die braunschweigische Regierung von seiner Erhabenheit in den Staub zieht, wenn sie ihn mit dem Geiste der Warenhäuser, der Versteigerungs-, Ausverkaufs- und Ramschgeschäfte auf eine Linie stellt und von ihm sagt, daß er der öffentlichen Meinung „anstößig“ sei. Armes, zukunftsloses braunschweigisches Volk, wenn dem so wäre! Aber Gott Lob hat die „Armutsbewegung“, in der gleich hinter den Juden oder sogar vor ihnen die organisierten Konsumenten marschieren, erst die deutsch-soziale Partei und die von ihr vertretenen Interessenten erfasst. 90 000 Menschen — und die sind nicht gleich 0 in einem Lande, das rund 465 000 Bewohner zählt — freuen sich über die gemeinschaftlichen Veranstaltungen, die ihnen die Kleidung und Nahrung ins Haus schaffen sollen und danebenher Anregungen und Hoffnungen, Speise für Denken und Fühlen bringen, kurz eine Form menschlicher Arbeit bedeuten, deren Erfolg mehr als heute sonstwo der Entwicklung des Menschen zu dienen vermag.

Gerade der Umsatzsteuerentwurf muß dem in der Konsumgenossenschaftlich-solidaristischen Arbeitsweise lebenden Geiste immer weitere Verbreitung und immer größere Erfolge verschaffen helfen. Denn die unverhohlene Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit, die grelle Beleuchtung der Gefahren, welche der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes drohen, dessen Wirtschaftspolitik mit keiner wirtschaftlich machtvollen Organisation der Konsumentinteressen zu rechnen hat, endlich das dreiste Verlangen von Händlern nach gewerbepolizeilicher Sicherung ihres Kunden-„Besitzstandes“, das alles muß die Konsumenten, die ein Interesse an der besseren Verwendung ihres Einkommens und an der Wahrung der allgemeinen Konsumentinteressen gegenüber volkswirtschaftsschädigenden Profitinteressen haben, bis auf den letzten Mann in die Konsumvereine treiben.

Wie wir sahen, bieten die Verträge gegen die Reichsgewerbeordnung der Reichsregierung allen Anlaß zum Einschreiten. Der Glaube an die Gewerbefreiheit und ihren Schutz durch das Reich muß bedenklich erschüttert werden, wenn die einzelnen Bundesstaaten Wesen und Zweck der Gewerbefreiheit so zu durchkreuzen vermögen, wie das jetzt die braunschweigische Regierung mit ihrem Umsatzsteuergesetzentwurf versucht. Aber nicht minder als die Sorge um die Souveränität der Reichsgesetzgebung sollten die allgemein-volkswirtschaftlichen und sozial-ethischen Volksinteressen die Reichsregierung veranlassen, von dem nach der Reichsverfassung ihr zustehenden Recht zum Einschreiten Gebrauch zu machen.

Das Reich hat durch seine Genossenschaftsgesetzgebung zwar nicht das individuelle Recht, in genossenschaftlicher Vereinigung mit anderen wirtschaftliche Vorteile zu erstreben, erst geschaffen oder gewährleistet. Aber indem es für das genossenschaftliche Rechtsleben besondere, dem Wesen und Zweck der genossenschaftlichen Selbsthilfe angepasste gesetzliche Normen schuf, hat es zu erkennen gegeben, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsweise in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht durch die Wirtschaftspolitik einzelner Staaten gehemmt werden dürfe.

Ganz besonders aber sollte es Pflicht der Reichsregierung sein, die Verfolgung und Drangsalierung der Genossenschaftsart zu verhindern, die für die breiten Volksmassen diejenige Form bedeutet, in der sie allein als freier, nur durch die solidarischen Interessen an sich selbst gebundener wirtschaftlicher Unternehmer das Recht der Gewerbefreiheit nutzen können. An diesem Punkte die Gewerbefreiheit durch einzelstaatliche Steuerpolitik beschränken lassen, hieße der lohnarbeitenden Bevölkerung die gesetzliche Gleichheit mit den übrigen Volksschichten nehmen. Daß hieße ferner die eben wirksam gewordenen Hoffnungen auf friedliche Ueberwindung der bestehenden Verhältnisse im Sinne ihrer Weiterentwicklung grausam zerstören und an ihrer Stelle die zur Gewalt drängende Verzweiflung setzen. Was hilft da alle Sozialpolitik, wenn das Reich eine Sozialpolitik der Einzelstaaten duldet, die zum Schutze der in ökonomischer Rückständigkeit begründeten wirtschaftlichen Schwäche verhältnismäßig weniger Menschen auf der einen, der tausendfachen Zahl auf der anderen Seite die gesetzliche Gleichberechtigung nimmt. Ohne diese aber — das sollte man doch eigentlich genugsam erfahren haben — bleibt auch die beste „Sozialreform“ ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle. Darum darf die Reichsregierung nicht dulden, daß durch diese oder jene Landesregierung in das Herz des Volkes unausrottbar und unwiderlegbar bestätigt der Verdacht eingegraben wird, daß es ein Ende haben soll mit der gefeierten Freiheit der Arbeit, nun sie endlich auch ihm langersehnte Früchte trägt.

Ernst, sehr ernst sind die Zeichen, die im Herzogtum Braunschweig geschehen. Diplomatische Kengstlichkeit oder übertriebene Loyalität dürfen nicht verhindern, daß die Reichsregierung mit offenem Blick sie würdigt. Eine Regierung, die mit so kleinlichen, beschämenden Argumenten die Drangsalierung einer volkswirtschaftlich wie sozial so erfreulichen und in anderen Ländern darum gern gelittenen Unternehmungsform wie die Konsumgenossenschaftliche zu rechtfertigen versucht, die verdient keine besondere Rücksichtnahme. Und die Autorität einer Regierung, die mit stichtlicher Sorge in den Intentionen einer parteipolitischen Gruppe den Inhalt des „gemeinen Wohles“ sucht, kann durch das Eingreifen der Reichsregierung schwerlich noch mehr erschüttert werden, als sie schon ist.

Möge die Hinlenkung aller durch Sonderinteressenverfolgung oder ihr dienende Parteipolitik nicht getrübler Blicke auf die schweren Gefahren der gesetzgeberischen oder behördlichen Bekämpfung des deutschen Konsumvereinswesens die einzige Aufgabe des braunschweigischen Umsatzsteuerentwurfs gewesen sein. Was er will, das haben wir, wenn auch in weniger ausgeprägter und minder schroffer Weise, so doch der Tendenz nach bereits in Preußen und Sachsen. In Bayern sind die gewerbesteuerrechtlichen Vorarbeiten bereits getrossen und im Königreich Sachsen hat die bloße Nachricht von einer bevorstehenden Sonderumsatzsteuer, die für die Gemeinden obligatorisch sein soll, eine berechtigte Erregung im Volke nachgerufen.

Zweifellos hat das Konsumvereinsfeindliche Vorgehen Preußens mit seinem Warenhaussteuergesetz den Mut der Interessenten und die Schwäche der übrigen deutschen Regierungen ihren Wünschen gegenüber erheblich gesteigert. Von Preußen hängt es in erster Linie ab, ob das Reich die Gewerbefreiheit gegen einzelstaatliche Angriffe schützen und dabei zugleich den Gedanken der sozialen Reformarbeit vor der Verhöhnung bewahren wird. Beides wird am besten geschehen, indem Preußen aufhört, vorbildlich zu sein. Ueber kurz oder lang muß der Unwille des Volkes die Umsatzbesteuerung seiner Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen doch hinwegsetzen. Bereits drei Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder mögen es sein, die sich ihrer eigenen wirtschaftlichen Schöpfungen erfreuen. Und täglich werden es ihrer mehr. Wie kann man sie um rein nichts und wieder nichts und so ohne jeden stichhaltigen wirtschaftlichen oder sozialen Grund in ihrer Arbeit stören, sie schikanieren und verbittern? Unter anderem mit einer Maßnahme, die, wie der Umsatzsteuergedanke, im Kerne so tief unsittlich und der wirtschaftlichen Weltstellung Deutschlands unwürdig ist. Und so ganz überflüssig! Denn Licht und Luft müssen auch der deutschen Produktivkraft werden, die in den Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen sich tagtäglich in immer höherem Maße offenbart. Schade nur um die Zeit, die ihr durch den Kampf um selbstverständliche Rechte gestohlen wird. Deutsche Regierungen sollten sie abkürzen und nicht verlängern helfen.

Durch die Buchhandlung der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg 8, Gröningerstr. 24/25 (Asiahauss), können bezogen werden: =====

Bücher:

Reichsgesetz, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Kommentar, zum praktischen Gebrauch für Juristen und Genossenschaften. Von Ludolf Parisius und Dr. Hans Crüger. 4. Auflage. Preis 15 M.

do. Textausgabe. 10. Auflage. Preis 1,50 M.

Formularbuch zum Reichsgesetz, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Praktische Anleitung für die Führung des Genossenschaftsregisters und den Verkehr mit dem Registergericht von Ludolf Parisius und Dr. Hans Crüger. 3. Auflage. Preis 4,25 M.

Was ist zu tun, um den Bestimmungen des Gesetzes, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, zu genügen? Von Carl Ihrig. Preis 1,50 M.

Die eingetragene Genossenschaft im Verkehr mit dem Gericht. Von Wilhelm Biernatzki. Preis 1 M.

Handbuch für Konsumvereine. Von Oppermann u. Häntschke. 2. Auflage. Preis 6 M.

Das Konsumvereinswesen in Deutschland. V. Dr. R. Riehn. 3 M.

Die britische Genossenschaftsbewegung. Von Mrs. Sidney Webb. Gebunden 4 M.

Die schweiz. Konsumgenossenschaften. V. Dr. H. Müller. 2 M.

Das Bäckerbuch. Handbuch der Bäckerei aller Länder von Franz Pusck. (Ladenpreis 15 M.) Preis 10 M.

Broschüren:

Die Genossenschaftsbewegung. Von Adolf v. Elm. Preis 20 M.

Arbeiter-Konsumvereine. Von Dr. Reinhold Riehn und J. Giesberts. Preis 40 M.

Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Von Karl Kautsky. Preis 15 M.

Die genossenschaftliche Brotproduktion. Zusammengestellt nach Umfragen unter den Arbeitern der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. Preis 20 M.

Die Verhandlungen der Konsumvereine des Herzogtums Braunschweig über die Einführung einer Umsatzsteuer. Preis 10 M.

Zur Abwehr! Ein Wort gegen die Bekämpfung der Konsumvereine des Herzogtums Braunschweig. Preis 10 M.

Die Untersuchung der Nahrungs- und Genußmittel. Von Dr. Willi Meyer. Preis 10 M.

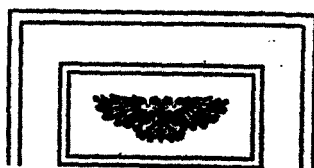
Schweizerische genossenschaftliche Volksbibliothek.

Heft 1. Erwerb und Konsum, oder wo steckt der Profit? Von Dr. Julius Platter. Preis 20 M.

„ **2. Wesen, Grundsätze und Nutzen der Konsumvereine.** Von Dr. Hans Müller. Preis 20 M.

„ **3. Die Stellung der Konsumenten zur Gesetzgebung, betr. den unlauteren Wettbewerb und Hausierhandel.** Preis 20 M.





**Druck: Hamburger Buchdruckerei
und Verlagsanstalt Hner & Co. in
Hamburg**